

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Wissenschaftspolitik	
«Grenzen öffnen...», Gespräch mit Prof. Gottfried Schatz, Präsident des SWTR	6
Zu Hans Heinrich Schmid's Analyse und Ermahnung Der Wissenschaftsrat innerhalb der schweizerischen Bildungslandschaft	9
Les sciences humaines et le projet de l'Arc Lémanique	10
Qualitätssicherung in den Sozialwissenschaften – Modelle im Vergleich	17
NFP «Landschaften und Lebensräume der Alpen»: Ausschreibung in Sicht	19
	22
SAGW-News	
La Lunette d'Or – Prix Media de l'ASSH	23
Peut-on choisir la guerre qu'on fait – ou qu'on subit?	25
Von Ameisen, Schneekanonen und Gletscherflüssen	27
Kommunikation als Schlüssel zum Erfolg	28
Dossier – Informationsgesellschaft	
Informationsgesellschaft zwischen Unsicherheit und Phantasie	30
Informationswelt und Informationsgesellschaft	31
Neue Medien in den Kulturwissenschaften	35
Peer Review and Electronic Publishing	37
Herbsttagung 2000 der SAGW – Vorankündigung	40
Internationales	
Crass Eurocracy: a personal view	41
Gegen die Patentierung von Sequenzen des Humangenoms	42
Transitraum Alpen – Lebensraum Alpen	44

Unterstützt von der SAGW

Zwischen Patriotismus und Wissenschaft:

Die schweizerischen Naturschutzpioniere (1900–1938) 45

Veranstaltungskalender der Mitgliedgesellschaften

August–Dezember 2000

46

Publikationen

Neue Publikationen der SAGW

– Gewinne ohne Menschen

– Die Zukunft des Nachdenkens

47

Bestellschein

48

Impressum

Bulletin 2, Mai 2000
Erscheint viermal jährlich

Herausgeberin

Schweizerische Akademie der
Geistes- und Sozialwissenschaften
Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern

Tel. 031 311 33 76, Fax 031 311 91 64
sagw@sagw.unibe.ch
<http://www.sagw.ch>

Redaktion

Beat Sitter-Liver (SL), Magali Dubois (md), Annemarie Berlinger-Staub (ab)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe

Kathrin Pieren (kp), Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk)
Suzanne Stehelin (Lektorat)

Umschlag

Laszlo Horvath, Bern

Druck

Jordi AG, 3123 Belp



Die Massenneurose heilen

1979 erschien im Piper Verlag München ein Buch mit dem Titel «Der Mensch vor der Frage nach dem Sinn». Es brachte eine Auswahl aus dem Gesamtwerk von Viktor E. Frankl, dem Begründer der Logotherapie als der «Dritten Wiener Richtung der Psychotherapie». Das Vorwort steuerte ein grosser Biologe bei: Konrad Lorenz.

Zu den Aufgaben – und zur Verantwortung – der Geisteswissenschaften gehört das Erinnern. Nur Unerfahrene halten dies für ein rückwärtsgerichtetes Tun. Gegenstand des Erinnerns sind insbesondere bedeutende Erscheinungen menschlicher Kultur, darunter Texte aus der Hand von Naturwissenschaftlern. Jenes Vorwort von Konrad Lorenz, auf des Psychiaters Frankl Lebenswerk reflektierend, breitet knapp und klar vor und aus, was zu bedenken ist und umzusetzen wäre. Vor mehr als zwanzig Jahren wurde es verfasst. Erinnern wir also daran:

«Albert Einstein hat einmal gesagt – oder soll einmal gesagt haben –, der Wissenschaftler sei vor die Wahl gestellt, entweder verständlich und oberflächlich oder aber gründlich und unverständlich zu schreiben. Das ist durchaus nicht immer richtig. Woferne der Wissenschaftler weiss, wo im Gesamtbild des Menschheitswissens seine eigene

Forschung ihren Platz hat und welche Rolle sein Beitrag in dem grossen Mosaik dieses Gesamtwissens zu spielen hat, ist er in vielen Fällen auch imstande, dies so darzustellen, dass er nicht nur von den Fachgenossen verstanden werden kann, ja, er ist dazu verpflichtet. Die Erfüllung dieser Pflicht scheint vielen Gelehrten schwerzufallen. Wer sich ein Leben lang mit einem ziemlich engen und speziellen Bereich von Fragen beschäftigt hat, neigt begreiflicherweise dazu, ihre Bedeutung – und damit seine eigene – zu überschätzen. Erst wenn er aus dem berüchtigten Elfenbeinturm seiner Wissenschaft herauskommt, merkt er, wie klein eigentlich sein eigener Beitrag zu der Gesamtheit des Menschheitswissens ist.

Die Selbstüberschätzung des Fachwissenschaftlers wird dadurch gefördert, dass er immer weniger über andere Fächer weiss. Das kollektive Wissen der Menschheit wächst nicht nur rapide, sondern mit einer exponentiell zunehmenden Geschwindigkeit. Die Wissenskapazität des Einzelmenschen aber wächst nur in jenem Tempo, das der Evolution nun einmal vorgeschrieben ist, wenn auch immer noch sehr schnell im Vergleich zu anderen Vorgängen der Evolution. Daraus allein ergibt sich, dass der Einzelmensch immer weniger Teil am Gesamtwissen der Menschheit hat.

Dieser Vorgang an sich ist nicht als pathologisch zu bezeichnen. Schon Goethe hat Entwicklung als Differenzierung und Subordination, als Verschiedenwerden und Unterordnung der Teile unter das Ganze definiert. Das Ergebnis dieses hoffentlich nicht schicksalhaften und unaufhaltsamen Spezialisationsvorganges ist die Tyrannis der Expertise, man kann auch sagen, die Sklaverei der Experten. Welchem Beruf immer ein hoffnungsvoller junger Mensch sich zuwendet, er wird in Vorbereitung zum Beruf so viel lernen und später bei seiner Ausübung so viel arbeiten müssen, dass er einfach keine Zeit hat, über andere Wissensgebiete auch nur einigermaßen orientiert zu bleiben. Er hat nicht einmal genug Zeit, um «zu sich zu kommen», zu reflektieren. Die Reflexion aber ist eine konstitutive Eigenschaft des Menschen, sie ist ein Menschenrecht, und die in Rede stehende Entwicklung unserer Kultur bedeutet einen Verlust an Menschlichkeit. Ganz sicher ist es das Gefühl für diesen Verlust, das so vielen jungen Menschen das Leben sinnlos erscheinen lässt. Dieses Sinnlosigkeitsgefühl ist, wie Viktor Frankl sagt, charakteristisch für eine Massen neurose, die heute unsere westliche Kultur ergriffen hat.

Eine zweite Wurzel der Sinnentleerung unserer Welt besteht in ihrer Entwertung. Die Macht, die der Menschheit aus den sogenannten exakten Naturwissenschaften und damit letzten Endes aus analytischer Mathematik erwuchs, lässt die Menschheit diese Wissensquellen über- und alle anderen unterschätzen. Ein echter Massenwahn der heutigen

Menschheit besteht in dem Irrglauben, es habe nur dasjenige reale Existenz, was sich in der Sprache der exakten Naturwissenschaften ausdrücken und quantifizierend beweisen lässt. Damit wird die ganze Welt der Emotionen, werden menschliche Würde und Freiheit, kurzum alles, was einen wirklichen Wert darstellt, für Illusion erklärt.

Zu diesem Irrglauben trägt der Umstand bei, dass für jeden Menschen nur das wirklich scheint, womit er täglich umgeht, worauf er wirkt und was auf ihn zurückwirkt. Dies aber ist für die Mächtigen und Verantwortlichen dieser Welt, die man unter dem Modewort der «Lobbies» zusammenfassen kann, ausschliesslich das Geld. Mit ihm lassen sich ausserdem wunderschöne mathematische Operationen vornehmen.

Paradoxerweise halten sich diese Geldmensen für Realisten und wollen nicht verstehen, dass ein exponentielles Wachstum der Wirtschaft im endlichen Raum unseres Planeten zur Katastrophe führen muss. Den Ökologen, der ihnen vorrechnet, wie bald diese Katastrophe zu erwarten ist, halten sie merkwürdigerweise für einen Träumer, der sich in nostalgischen Illusionen nach grünen Wäldern und singenden Vögeln sehnt. Dass man nur das essen kann, was die Photosynthese in diesen grünen Pflanzen erzeugt, begreifen sie nicht, und die Sage vom König Midas macht ebenso wenig Eindruck auf sie wie die Aussage des alten wienerischen Sprichwortes, dass man goldene Nockerln nicht fressen kann.

Was die Menschheit im gegenwärtigen Augenblick zu tun im Begriffe ist, ist so wahnsinnig, dass man an den alten lateinischen Spruch gemahnt wird «quem deus vult perdere, prius dementat». Nichts liegt dem Naturforscher wie dem Arzte ferner, als an ein unausbleibliches, mystisch determiniertes Schicksal zu glauben, wie Oswald Spengler es getan hat, der in seinem berühmten gewordenen Buche «Der Untergang des Abendlandes» von einem «natürlichen Altern der Kultur» und von einer «Logik der Zeit» spricht.

Der Naturforscher, der immer und überall nach Ursachen fragt, ist niemals Fatalist. Die Tatsache, dass bisher alle Kulturen im Stadium der Hochkultur zugrunde gegangen sind, ist für ihn kein Grund, an die Unabwendbarkeit solchen Geschehens zu glauben. Er glaubt vielmehr, dass das Sterben von Kulturen durch Krankheiten verursacht wird und dass das Erkennen der Ursachen unter Umständen der erste Schritt zu ihrer Heilung ist. Die Ursachen, die unsere heutige Menschheit mit dem Untergang bedrohen, tragen ganz offensichtlich den Charakter eines Massenwahns, einer Neurose. Und sie liegen so offen zutage, dass viele sie gerade ihrer Offenkundigkeit und Banalität wegen nicht zu sehen vermögen. Der Biologe aber sieht sie, und auch der Arzt ist ein Biologe. Unter den Ärzten aber ist der Psychiater zuständig für die Rettung unserer Kultur, denn sie wird von vielen Geisteskrankheiten bedroht. Wenn ein Psychiater von dem Format eines Viktor Frankl den Ausspruch tut: «Die Welt ist nicht heil, aber sie ist heil-bar», so ruft er damit die

gesamte wissenschaftliche Welt und vor allem die Jugend dazu auf, die Gründe des Verderbens einzusehen und die Katastrophe in letzter Stunde zu verhindern. Manche Neurosen können dadurch geheilt werden, dass man dem Patienten ihre Ursachen zum Bewusstsein bringt. Vielleicht ist das bei der Massenneurose der Menschheit auch der Fall».

Hoffen wir mit Lorenz, Frankl habe Recht – und nicht Max Weber (eine weitere Erinnerung), der seine immer noch lesens- und bedenkenswerte Rede über «Politik als Beruf» mit eher düsteren Gedanken abschloss. Er wusste um die Verführung der Macht, die, um ihrer selbst Willen erstrebt, in Sinnlosigkeit und Leere mündet. Dies den Politikern, darunter gerade auch den Wissenschaftspolitikern ins Ohr!

Beat Sitter-Liver

Das zitierte Vorwort findet sich in Viktor E. Frankl: Der Mensch vor der Frage nach dem Sinn. Eine Auswahl aus dem Gesamtwerk, Piper Verlag München. 11. Auflage Oktober 1999, VII–IX.

Grenzen öffnen...

*Gespräch mit Prof. Gottfried Schatz,
Präsident des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierates*

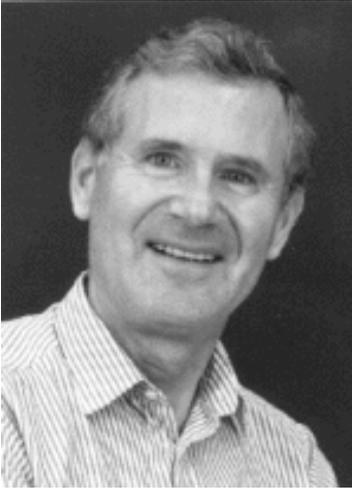
Magali Dubois: Professor Schatz, in der Wissenschaft wird Ihr Name mit einer Musterkarriere auf dem Gebiet der Biochemie und mit weltweit beachteten Arbeiten in Verbindung gebracht. Seit kurzem sind Sie der neue Präsident des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierates. Welche Ziele und Erwartungen haben Sie in dieser neuen Funktion?

Gottfried Schatz: Meine langjährige Tätigkeit als Forschungsrat im Schweizerischen Nationalfonds zeigte mir, dass die aktiven Forscher der Schweiz nur wenig Einfluss auf die Wissenschaftspolitik ihres Landes haben. Solange genügend Geld für die Forschung vorhanden war, fiel dies nicht weiter auf. Doch jetzt, wo die Forschungsmittel knapp geworden sind, ist es wichtig, dass diese effizient eingesetzt werden. Dies ist aber nicht immer der Fall, denn die Schweizer Forschungspolitik ist ein schwer durchschaubares Gestrüpp aus vielen Entscheidungsstrukturen, die nicht immer das gleiche Ziel ansteuern und sich deshalb oft gegenseitig neutralisieren. Die Schweiz hat nicht eine Forschungspolitik, sondern Dutzende, denen *viele* Forscher ratlos gegenüberstehen. Ich möchte dazu beitragen, dass sich dies ändert.

In letzter Zeit wurde viel über die Notwendigkeit einer verbesserten Verständigung zwischen Wissenschaft, Forschung und der Öffentlichkeit diskutiert. Sind Sie der Ansicht, die Schweiz schenke ihren Forschungsergebnissen zuwenig Bedeutung?

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation gehörten nie zu den Stärken des Landes. Sie sind aber heute notwendiger denn je. Wenn demokratische Gemeinschaften einen Grossteil ihrer Ressourcen in die Forschung investieren, aber die Ziele dieser Forschung entweder nicht verstehen oder ihnen sogar miss-trauen, muss es zu Konfrontationen kommen, wie wir sie kürzlich in der sogenannten «Genschutz-Initiative» erlebt haben.

Dass es soweit kommen konnte, war zumindest teilweise Schuld der Wissenschaftler, die nicht gelernt hatten, ihre Forschung der Öffentlichkeit zu erklären und zu rechtfertigen. Der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat wird durch Einsatz des mit ihm assoziierten *TechnologyAssessment*-Zentrums nach besten Kräften helfen, den Dialog zwischen Forschern und Öffentlichkeit zu intensivieren. Je mehr interessierte Organisationen dabei zusammenarbeiten, desto besser, denn wenn die Forschung mit zu vielen Stimmen spricht, wird ihre Botschaft nur verwirrend.



Gottfried Schatz, der neue Präsident des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierates

Der «Schweizerische Wissenschaftsrat» wurde umbenannt in «Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat» und betont damit seine Stärken in den Bereichen der Technologie und Innovation. Besteht da nicht das Risiko, dass seine Bestrebungen, per Definition, sich vermehrt auf diese Gebiete und immer weniger auf die anderen konzentrieren werden?

Das wird ganz sicher nicht der Fall sein. Es stimmt, dass der Rat von nun an vermehrt dazu beitragen will, dass Erkenntnisse der Grundlagenforschung schnell und unbürokratisch der heimischen Technologie zugute kommen. Aber die sogenannten Geisteswissenschaften (meiner Meinung nach ein sehr unglücklicher Ausdruck) sind für das Wohl der Schweiz ebenso wichtig, denn jedes demokratische Land muss über seine Verfassung, sein geistiges Erbe, und seine

sozialen Strukturen reflektieren können. «Geistes»- und «Natur»wissenschaften lassen sich intellektuell nicht trennen, sie sind Teil eines Ganzen, unserer Kultur. Der heutige Graben zwischen diesen beiden wesensgleichen Partnern ist eine der grossen kulturellen Katastrophen unserer Zeit. Der neue Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat hat nicht nur hervorragende «Geistes»-wissenschaftler(innen), sondern sogar einen Architekten, um auch die künstlerischen Interessen des Landes zu Wort kommen zu lassen. Zudem haben viele der «natur»wissenschaftlich orientierten Rätinnen und Räte eine breite Kultur und ein grosses Interesse an «Geistes»-wissenschaften.

Die schweizerische Universitätslandschaft formiert sich zusehends nach geografischen Kriterien oder gemeinsamen intellektuellen Projekten. In letzter Zeit wurde viel vom zukünftigen «Arc Lémanique» gesprochen. Sind Ihrer Meinung nach solche Initiativen an unseren Universitäten und Hochschulen willkommen?

Im Prinzip begrüsse ich jeden vernünftigen Versuch, die versteinerte schweizerische Universitätslandschaft aufzulockern und Neues zu versuchen. In diesem Sinne freue ich mich, in Herrn Staatssekretär Charles Kleiber einen dynamischen, mutigen und intelligenten Partner zu haben. Ich bin mir aber nicht sicher, ob strukturelle Änderungen oder Zusammenlegungen von Instituten oder ganzen Universitäten für sich allein genügen, um der Schweizer Wissenschaft eine Spitzenstellung zu sichern. Meine

Erfahrung in den USA gibt mir die Überzeugung, dass es letztlich darauf ankommen wird, die besten Köpfe zu finden, ihnen ein gutes Umfeld zu geben, und sie dann frei forschen zu lassen. Die einzige Bedingung sollte sein, dass sie erstklassige Forschung betreiben. Die Erfüllung dieser Auflage kann leicht durch international renommierte Fachleute periodisch geprüft werden. Da die Entscheidungen zum «Arc lémanique» nun gefallen sind, sollte man die dort Verantwortlichen frei für einige Jahre schalten und walten lassen, ohne ihnen durch gutgemeintes *micromanagement* ins Handwerk zu pfuschen. Allerdings sollte man dann nach 5–7 Jahren die erbrachten Leistungen kritisch unter die Lupe nehmen.

Die meisten unserer Leser/-innen sind Geistes- und Sozialwissenschaftler/-innen. Welche Entwicklungen sehen Sie für die von der SAGW vertretenen Disziplinen?

Zu dieser wichtigen Frage habe ich mich bereits weiter oben kurz geäußert. Mein grösster Wunsch wäre, dass die Trennung (die manchmal in echte Ablehnung ausufert) zwischen den «Geistes»- und «Natur»wissenschaften ganz verschwindet. Sie zeugt von Provinzialismus, intellektueller Intoleranz und Engstirnigkeit. Wenn Sie das Wort «Geisteswissenschaften» erwähnen, gilt dieses Wort nicht auch für die Biologie? Oder, um den verwandten Ausdruck «Humanwissenschaften» zu erwähnen, können Sie sich eine «humanere» Wissenschaft vorstellen, als Forschung über unser Gehirn, unsere Emotionen, und das, was uns als Menschen innerhalb der lebendi-

gen Welt so besonders macht? Mit welchem Grund könnte man der Neurobiologie den Titel der «Geistes»wissenschaft verweigern? Von allen bösartigen alten Hüten, gegen die wir an unseren Universitäten täglich kämpfen, ist die Trennung zwischen «Geistes»- und «Natur»wissenschaften der hartnäckigste und wohl auch der beschämendste.

Zu Hans Heinrich Schmid's umstehender Analyse und Ermahnung

Beat Sitter-Liver

Unter dem Vorsitz seiner scheidenden – und hochverdienten – Präsidentin, Prof. Dr. Verena Meyer, versammelte sich der «alte» Wissenschaftsrat am 9. März 2000 in Bern zu seiner letzten Plenarsitzung. Der kurzen, aber denkwürdigen Geschäftssitzung folgte ein feierlicher Teil, der Rückblende wie dem Ausblick gewidmet. Aus der Sicht von mit der Ratsgeschichte wie mit deren politischem und wissenschaftlichen Umfeld vertrauten Persönlichkeiten kamen Verdienste und Errungenschaften, aber auch Schwierigkeiten und Hoffnungen zur Sprache. Es fehlte nicht an (Selbst-)Kritik und wohl durchdachten Empfehlungen, und auch nicht an Wünschen. Manches, was ausgeführt wurde, verdiente die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit. Aus dem mit Überzeugung, zum Teil auch mit Leidenschaft Vorgetragenen greifen wir einen Beitrag heraus. Er stammt aus der Feder des eben erst aus seinem Amt geschiedenen Rektors der Universität Zürich, Prof. Dr. Hans Heinrich Schmid. Sein besonderes Verdienst liegt darin, dass er manches auf den Begriff bringt, was in Gesprächen immer wieder zum Ausdruck kommt, nicht aber öffentlich dokumentiert wird. Man mag das eine und andere anders sehen oder beurteilen; Hans Heinrich Schmid's Blick bleibt allemal treffend, Unscharfes konturierend, Verwishtes verdeutlichend. Eine Stimme ertönt, die in jedem Fall ge-

hört zu werden verdient, soll unsere Wissenschaftspolitik, nicht zuletzt deren institutionelle Seite, transparent und rational gestaltet werden. Wissenschaftspolitik kann sich dann bewähren, wenn sie auf einem umfassend und wohl durchdachten Wissenschaftsverständnis aufbaut. Auf einem Verständnis, das komplex genug ist, um den Eigenheiten der zentralen Institutionen zur Pflege und Entfaltung forschenden Geistes und Tuns gerecht zu werden. Ein solches Verständnis wird einen davor bewahren, jene Institutionen gängigen, indes aus anderen Bereichen stammenden Vorstellungen und von anderen als wissenschaftlichen Bedürfnissen getriebenen Ansprüchen zu unterwerfen. Damit wir uns richtig verstehen: Hohe Schulen sollen nicht aus der Gesellschaft und der Verantwortung dieser gegenüber herausgelöst werden; sie müssen vielmehr aus dem heraus, was nur sie vermögen, zu gesellschaftlicher Formung und Entwicklung beitragen, mit dem Blick auf das politisch zu konkretisierende Gemeinwohl. Doch versteht sich, was eben gesagt wurde, als Protest gegen den Ruf, die wissenschaftlichen Institutionen der gesellschaftlichen Steuerung durch ein nicht weiter präzisiertes «Wir» zu unterwerfen. Hans Heinrich Schmid's Beschreibungen, Analysen und Ermahnungen können helfen, in schwierigem Gelände bessere Wege auszumachen und zuversichtlich zu beschreiten.

Der Wissenschaftsrat innerhalb der schweizerischen Bildungslandschaft

Ein Überfluss von Gremien im schweizerischen Bildungswesen

Hans Heinrich Schmid

Der Wissenschaftsrat ist praktisch geschlossen zurückgetreten. Das Symptom einer Krise? Gestatten Sie mir, dazu aus universitärer Sicht einige ebenfalls kritische Bemerkungen.

Nationale Wissenschaftsräte, einst die Flaggsschiffe der bildungspolitischen Gremien, haben generell etwas an Glanz verloren; nicht, weil sie schlechter geworden wären, sondern weil im Laufe der Zeit immer mehr bildungspolitische Gremien und Institutionen aus dem Gras geschossen sind.

Bei den Universitäten hat der Wissenschaftsrat einen guten Ruf. Prestigeträchtig ist schon der Name, doch auch der Rat als solcher geniesst hohes Ansehen. Ähnlich wie beim Nationalfonds oder beim Bundesgericht ärgert man sich vielleicht über den einen oder anderen Einzelentscheid, aber im Grund besteht doch ein grosses Vertrauen und man ist froh darüber, dass es diese Institution gibt. Denn was kann in unserer Bildungslandschaft gewichtiger und verantwortungsvoller sein, als den Bundesrat in Fragen der Wissenschaftspolitik zu beraten?

Nun soll der Wissenschaftsrat restrukturiert werden. Das ist an sich nichts Besonderes. Was wird heute nicht

alles restrukturiert, im Bildungswesen wie überhaupt! Die Welt verändert sich, und wir müssen dem die Strukturen anpassen. Aber restrukturieren ist auch Mode geworden. Und die Grenze zwischen Notwendigkeit und Mode ist nicht immer leicht zu ziehen. Zudem spielt bei jeder Restrukturierung auch die Frage der Macht und der Macht-Verteilung hinein, offen oder verdeckt.

Blickt man aus der universitären Optik auf den Wissenschaftsrat, kann der Blick nicht allein auf diesen gerichtet sein. Der Wissenschaftsrat ist ein Stein neben anderen im Mosaik der inzwischen sehr komplex gewordenen bildungspolitischen Institutionen. Man erinnert sich kaum noch: Die HFG-Revision ging einst aus vom Postulat der «Straffung der Strukturen». Davon spricht heute niemand mehr.

Stattdessen haben sich die Konturen verwischt. Viele Gremien behandeln die selben Themen. Wo wird heute z.B. nicht von Koordination, Kooperation, Schwerpunkten, Netzwerken, Mobilität, Nachwuchs- und Frauenförderung oder Evaluation gesprochen? Von einer Koordination oder Arbeitsteilung zwischen den Gremien ist kaum etwas zu sehen. Dabei fing alles eigentlich recht vernünftig an. Die Explosion der Hoch-

schulentwicklung in den 60er Jahren rief nach Unterstützung der kantonalen Universitäten durch den Bund. Auf das zuständige Departement kamen neue Aufgaben zu, und es schuf 1968 das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft. Doch man war weise, und man kann es noch heute in der Botschaft für das HFG 1968 nachlesen. Da heisst es: Die Durchführung der Hochschulförderung auf Bundesebene kann nicht allein den politischen Behörden und der Verwaltung überlassen werden.¹

So schuf der Bund 1965 den Wissenschaftsrat und 1968 die Hochschulkonferenz. Ausdrücklich wurden die beiden Gremien als gleichrangig erklärt, der Wissenschaftsrat mit eher richtliniensetzender und die Hochschulkonferenz mit überwiegend praktisch ausführender Funktion.² Und man arbeitete zusammen: Nach dem damaligen Gesetz mussten mindestens drei Mitglieder der Hochschulkonferenz dem Wissenschaftsrat angehören. Doch das war einmal.

Dominanz der Politik

Spätestens mit dem HFG 1991 fiel diese Korrelation der beiden Gremien dahin. Die selbstbewusster geworden kantonalen Erziehungsdirektoren warfen nicht nur die Vertreter des Wissenschaftsrats aus der Hochschulkonferenz, sondern auch 4 von den bisher 8 Rektoren. Und mehr noch: der Wissenschaftsrat verschwand aus dem HFG und wurde in das Forschungsgesetz abgeschoben. Die Wege der beiden Gremien trennten sich. Als kleiner Rest konnte wenigstens der Generalsekretär des Wissenschaftsrats

noch in der Hochschulkonferenz bleiben.

Und der Zug fuhr weiter: Mit der neuen SUK ist seit dem 1. Januar 2000 auch der Generalsekretär des Wissenschaftsrats aus dem Gremium verschwunden, ebenso wurden die noch verbliebenen Rektoren aus der SUK hinauskomplimentiert. Immerhin darf mindestens der Präsident der Rektorenkonferenz mit beratender Stimme in der SUK noch Mäuschen spielen.

Die SUK ist ein rein politisches Gremium geworden, und als das versteht sie sich auch. Die Politik hat das Hochschulwesen in Verwaltung genommen – und dies in einer Zeit, in der man von der neuen Autonomie der Hochschulen schwärmt. Und nur nebenbei – aber mindestens ebenso schlimm: Auch der Nationalfonds wird zusehends politisch unterlaufen – man lese nur das neue Universitätsförderungsgesetz.³

Hat der Wissenschaftsrat diese Vorgänge wahrgenommen? Will er sich ihnen anschliessen? Oder wie gedenkt er sonst darauf zu reagieren?

Doch die Thematik spitzt sich noch zu. Mit dem Jahre 1990 trat ein zusätzlicher Akteur auf: die Gruppe für Wissenschaft und Forschung. In deren Pflichtenheft stand an erster Stelle die «Entwicklung von forschungspolitischen Strategien und Konzepten, Planung und Kontrolle des Vollzugs von Erlassen sowie Durchsetzen der Zielvorgaben des Departementes im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Forschung, ein-

schliesslich Technologieforschung». Damit wurde auch der Wissenschaftsrat in seiner Grundfunktion als Beratungsorgan des Bundesrates «für alle Fragen der nationalen und internationalen Wissenschaftspolitik»⁴ unterlaufen und an die Wand gedrängt.

Doch damit nicht genug: Das Pflichtenheft der Gruppe wurde durch ihren ersten Leiter, Heinrich Ursprung, noch freihändig erweitert. In erster Linie wollte er neue Konzepte entwickeln und verwirklichen, so z.B.: «die Schaffung von Kompetenzzentren an den schweizerischen Hochschulen und eine Verstärkung der interuniversitären Aufgabenteilung.»⁵ Damit kam Ursprung zusätzlich in Konflikt mit der Hochschulkonferenz. Denn gemäss Gesetz war und ist noch heute für die Planungs- und Koordinationsaufgaben die Hochschulkonferenz bzw. neu die SUK zuständig.⁶ Man könnte fast von einem «Staatsstreich von oben» sprechen.

Instrumentalisierung der Universität

Ursprungs Nachfolger, Charles Kleiber, trat in das schon für Ursprung geltende Pflichtenheft ein und modifizierte dessen selbstgegebene Aufgabe in seinem Sinne: Kleiber spricht nicht mehr von Kompetenzzentren, sondern von Netzwerken, und nicht mehr von der Verstärkung internationaler Forschungszusammenarbeit, sondern von grenzüberschreitenden Netzwerken.⁷

Diese terminologische Änderung mag man vielleicht noch als Kosmetik

abtun. Doch weit mehr als Kosmetik ist das, was Kleiber in seinen beiden Schriften vom Januar 1998 und vom März 1999 vorträgt.⁸ Für Kleiber hat die traditionelle Universität ausgedient. Die Universität muss neu erfunden werden, als «integrierte» Universität, als Zentrum eines alle gesellschaftlichen und geographischen Bereiche umfassenden Netzwerks. Miteinander zu verbinden seien akademische Denkart und Dienstleistungsdenken, die verschiedenen Wissenschaftsbereiche, die Nähe und die Ferne, das Kurzfristige und das Langfristige, der Bildungsbereich und der Arbeitsmarkt, die Nutzenden, die Zahlenden und die Entscheidungsträger, die Wissenschaft und die Gesellschaft, in Partnerschaft mit der Privat- oder Markt- und Volkswirtschaft. Aufgabe der Universität sei, die Gesellschaft mit sich selbst zu versöhnen – was die Universität ganz natürlich ins Zentrum der Gesellschaft rücken werde.⁹

In einem Vorentwurf hatte Kleiber von der «Dienstleistungsuniversität» gesprochen. Er nahm das wieder zurück, doch die Richtung blieb die gleiche: die Universität soll instrumentalisiert werden und von einer wissenschaftlichen zu einer primär sozio-ökonomischen Institution mutieren. Die «Macher» sind am Werk. So soll die Universität neu zum «Ort der Wissensproduktion» werden, zum Ort, wo Wissen produziert, valorisiert, distribuiert und vermarktet wird. Dass sich der Wissenschaftsrat nicht lange zuvor dezidiert für eine «Forschungsuniversität» ausgesprochen hat – ein ganz anderes Konzept –, ist schon vergessen.

Nicht weniger als zwei Bundesräte unterschrieben das Geleitwort des opus Kleibers, und sie unterstrichen den universalen Anspruch seiner Botschaft mit den Worten: «Die folgenden Seiten wenden sich an alle Frauen und Männer, die von der Zukunft unserer Hochschulen betroffen sind, mithin an die ganze Gemeinschaft.»¹⁰

Also auch an den Wissenschaftsrat. Hat der Wissenschaftsrat den Bundesrat auch in dieser Sache beraten? Ich nehme an, dass nicht. Und hat der Wissenschaftsrat je Stellung genommen zu diesem Konzept der Wissenschafts- und Hochschulpolitik? Es ist mir nichts bekannt. Ich sage dies nicht als Vorwurf an den Wissenschaftsrat. Im Gegenteil, der Wissenschaftsrat ist dabei in guter Gesellschaft: die grosse Diskussion über dieses Konzept, das Herr Kleiber in Gang bringen wollte, fand nirgends statt. Und es gab und gibt gute Gründe dafür.

Doch damit war und ist die Sache noch nicht ausgestanden. Ein Teil der «Diskussion» fand später, im Zusammenhang des neuen UFG statt, zum Teil hinter und zum Teil vor den Kulissen: Erziehungsdirektoren gegen Departement, Erziehungsdirektoren gegen Rektoren, Rektoren gegen Kleiber und Kleiber gegen Rektoren. Es ist mir nicht bekannt, ob und wie weit der Wissenschaftsrat in diese Vorgänge einbezogen war. Immerhin ging es ja um ein Gesetz des Bundesrats, und für die Beratung des Bundesrats wäre eigentlich der Wissenschaftsrat zuständig. Stattdessen wurde auch der Wissenschaftsrat zum Spielball: In einem Vorentwurf vom 12. Juni

1998 für das neue Gesetz stand als Titel von Art. 27 schlicht: «Aufhebung des Schweizerischen Wissenschaftsrats». Die Themen Evaluation, Früherkennung und Technologiefolgenabschätzung wären dann an die damalige «Agentur» übergegangen, die später zum «Institut» und schliesslich zum «Organ» wurde. Die wissenschaftspolitische Funktion des Wissenschaftsrats wäre ersatzlos dahingefallen. Dafür hatte man nun ja den Staatssekretär.

Wohin soll sich der Wissenschaftsrat heute orientieren?

Wo steht der Wissenschaftsrat heute? Stand und Ort des Wissenschaftsrats sind labil; die alte Crew ist entlassen und die neue noch nicht in Aktion. Wie und wo soll (und kann) sich der Wissenschaftsrat positionieren?

Den ersten Satz des neuen Wissenschaftsrats habe ich im Internet gelesen¹¹. Er lautet: «Gemäss dem Wunsch von Bundesrat und Parlament heisst der Schweizerische Wissenschaftsrat neu Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat». Schon die Wendung «gemäss dem Wunsch von Bundesrat und Parlament» irritiert. Man schliesst daraus, dass die Neubenennung nicht vom Wissenschaftsrat ausging, und man vermutet, dass dieser Wunsch mehr Befehl als Wunsch gewesen sein dürfte. Ich frage: Wer beriet da wen? Wer definiert den Wissenschaftsrat?

Irritation auszulösen vermag nicht nur die Formulierung, sondern auch der Inhalt jenes Satzes. Der erste, der sich

über diesen neuen Titel mir gegenüber geärgert hat, war – ausgerechnet – der Rektor der ETH Zürich. Gerade er verwahrte sich gegen die einseitige Herausreichung der Technologie. Was er damit meinte, wird deutlich, wenn man das englische Äquivalent nimmt: *science and technology*. *Science and technology* ist viel enger als z.B. unser deutsches «Bildung und Wissenschaft». Soll da der Wissenschaftsrat in eine Ecke gedrängt werden oder muss man aus diesem Titel den pragmatischen Aktivismus bestimmter Bildungspolitiker heraushören?

Von welchem Pflichtenheft der neue Wissenschaftsrat ausgehen will – oder auszugehen hat –, entnehme ich dem Eintrag des Rats in der neuesten Ausgabe des «Jahrbuchs der schweizerischen Hochschulen». ¹² Der Auftrag, der dem Wissenschaftsrat da zukommt, ist beeindruckend. Er betrifft «sämtliche wissenschaftlichen Disziplinen, Grundlagenforschung und orientierte Forschung, alle Hochschulen, Beziehungen zu Wirtschaft und Gesellschaft», und er bezieht sich auf die Bereiche Analyse, Evaluation, Prospektion der wissenschaftlichen und technologischen Aktivitäten, Folgenabschätzung und die Auswirkungen auf die Gesellschaft. Und hinzu kommt noch ein genereller Evaluationsauftrag (ohne die Universitäten). Vor diesem Hintergrund soll der Wissenschaftsrat dann «Empfehlungen für die Zukunft des Wissensstandorts Schweiz» abgeben. Und nicht nur das: Er soll neu nicht nur dem Bundesrat, sondern «auch den Kantonen und Universitäten sowie der Wissenschaft und

Forschung im Allgemeinen» zur Verfügung stehen. Der Wissenschaftsrat als Dienstleistungsbetrieb? Ob das der Rat wohl alles leisten kann (und soll und will)?

Dieser Eintrag im «Jahrbuch» entspricht weitgehend wörtlich dem, was in der Botschaft über die Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2000–2003 ¹³ über den Wissenschaftsrat zu lesen war. Auffällig ist allerdings, dass ein Satz, der in der Botschaft stand, nicht ins Jahrbuch übernommen wurde. Er lautet: «Der Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung wacht im Rahmen seines Auftrags darüber, dass die Empfehlungen des SWTR in die politischen Entscheidungsprozesse des Bundes einfließen.» ¹⁴ Was dies bedeutet, ist klar: Auch der Wissenschaftsrat kommt am Staatssekretär nicht vorbei. Und dass der Satz im «Jahrbuch» fehlt, lässt einiges vermuten. Ein Kampf auch zwischen Wissenschaftsrat und Staatssekretär?

Man erinnert sich unwillkürlich an einen ähnlich auffälligen Fall. Er betrifft die Frage, welche Stellung dem Staatssekretär gegenüber der ETH zukommt. Im offiziellen Organigramm des EDI führt lediglich eine dünne, gestrichelte Verbindung vom Staatssekretariat zum ETH-Rat. ¹⁵ Im Internet-Organigramm des Staatssekretariates erscheint demgegenüber an gleicher Stelle eine doppelt ausgezogene Linie von der «Gruppe» in den ETH-Bereich und bis zu dessen einzelnen Institutionen ¹⁶. Stolz weist dann die Gruppe ein Finanzvolumen von über zwei Milliarden Franken aus. Eine Unterwanderung durch das Staatssekretariat auch hier? Es wird mit gezinkten Karten gespielt.

Es ist hier nicht über den Staatssekretär zu reden, auch nicht über seine zusätzlichen Aktivitäten, seine Stiftungen, «science et cité» und «Innovation», seine Vorträge, auch seine neueste Tätigkeit, Leistungsvereinbarungen mit den Akademien auszuhandeln und schliesslich noch einen *Big Bang* zu organisieren. Alles dies gehört allerdings mit hinein in den postmodernen Wind, der aus dem derzeitigen Bundes-Bern weht (anything goes) – und dies alles unter dem Titel von Wissenschaft, Forschung und Technologie. Ist die Bildungspolitik zum JEKAMI geworden («Jeder kann mitmachen»)?

Der Wissenschaftsrat als Sprachrohr der Wissenschaft

Mein persönlicher Eindruck: Ich halte das System unserer bildungspolitischen Gremien für nicht mehr gesund. Unter der Decke aller persönlichen Freundlichkeiten rumort es, ein Kampf aller gegen alle ist im Gange, mit ständig wechselnden, opportunistischen Koalitionen und mit nicht immer fairen Mitteln. Ich könnte dazu noch einige Beispiele erzählen.

Fragen Sie mich, worin die Hauptaufgabe des neuen Wissenschaftsrats in dieser Situation liegen soll, so komme ich in erster Priorität auf eine Formulierung, die – zwar etwas versteckt, aber dennoch – sowohl in der Botschaft als auch im Jahrbuch erscheint: Sie lautet: Der Wissenschaftsrat als Sprachrohr und «Gewissen» der Wissenschaft.¹⁷

Der Kampf um Strukturen, Ideen und Ideologien droht unsere eigentliche

Aufgabe, die Pflege und Entwicklung der Wissenschaft zu verdrängen. Mindestens ein Gremium muss es doch noch geben, das Anwalt der Wissenschaft, ihrer Ansprüche und ihrer Ziele ist. Ich sehe nur eine Instanz, das diese Aufgabe erfolgreich wahrnehmen könnte: der Wissenschaftsrat.

Dazu braucht es, wie es Botschaft und Jahrbuch vorsehen, wirklich hochrangige schweizerische und ausländische Persönlichkeiten, die es mit der Wissenschaft ernst meinen. Deren Funktion als Sprachrohr und Gewissen der Wissenschaft kann sehr viele Facetten aufweisen, und sie wird auch verschiedene Adressaten haben: die Wissenschaft, die Hochschulen, die Öffentlichkeit – und auch die Politik.

Ganz selbstverständlich hätte sich dieses Gremium auch mit der Wissenschaftspolitik zu befassen. Es hätte allerdings den Begriff «Wissenschaftspolitik» erst neu zu definieren.

Wissenschaftspolitik muss neu definiert werden

Im heutigen Alltag wird «Wissenschaftspolitik» gemeinhin als die Frage verstanden, wie die Politik mit der Wissenschaft umgehen und wie die Politik die Wissenschaft und ihre Entwicklung steuern, verwalten und nutzen soll. Die Politik wird als das handelnde Subjekt angesehen, und die Wissenschaft als das Objekt, mit dem umgegangen wird.

Das ist das Konzept der «Macher». Doch dieses Konzept ist falsch, es ist

ebenso einseitig wie der Sache unangemessen. Da wird vergessen, dass die Wissenschaft selbst ein eigenständiges Subjekt ist, ein lebendiger Organismus, der sich entfaltet, entwickelt, Erfolge zeitigt und an Grenzen stösst. Und vergessen wird auch, dass die Wissenschaft selbst ein politisches (d.h. öffentliches) Phänomen ist, das von sich aus Fakten und Strukturen schafft, die von der Staatspolitik zur Kenntnis genommen werden müssen, wenn der Staat die Wissenschaft wirklich fördern und nicht behindern will. Staat und Wissenschaft können nicht hierarchisch miteinander verbunden werden, sondern nur partnerschaftlich. Je hierarchischer die Strukturen sind, desto mehr verlieren beide Partner.

Daraus ergibt sich, dass der Wissenschaftsrat durchaus Anlass hätte, sich auch mit den wissenschafts- und bil-

dungspolitischen Strukturen zu befassen. Denn hier laufen zur Zeit zahlreiche Entwicklungen in eine ungute Richtung. Viel zu viele befassen sich mit der Wissenschaft, ohne sie zureichend zu kennen.

Soll die Schweiz ihren bisherigen Wissenschaftsstandard halten und noch weiter ausbauen, sind hier im Blick auf die dafür nötigen Rahmenbedingungen noch einige Überlegungen anzustellen. Dem müsste sich der Wissenschaftsrat annehmen. Und das braucht gute Wissenschaftler, die nicht nur Wissenschaft hervorragend betreiben, sondern auch über die Wissenschaft nachdenken und eine neu definierte und neu strukturierte Wissenschaftspolitik entwickeln können.

Der Wissenschaftsrat ist nötig, er hat eine grosse Aufgabe und eine grosse Verantwortung.

-
- 1 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Förderung der kantonalen Hochschulen durch den Bund vom 28. Nov. 1967, S. 45.
 - 2 Ebd. S. 46.
 - 3 UFG 1999, Art. 6, Abs. 1, lit. b und c.
 - 4 So HFG 1968, Art. 18; FG 1991, Art. 5a: «für alle Fragen der Wissenschafts- und Forschungspolitik»; FG 1999: «für alle Fragen der Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik».
 - 5 Jahrbuch der schweizerischen Hochschulen, 1995/1996, S. 229.
 - 6 HFG 1991, Art. 13; UFG 1999, Art. 6.
 - 7 Jahrbuch der schweizerischen Hochschulen, 1999/2000, S. 234.
 - 8 Bildung, Wissenschaft und Kultur: Stützen der Gesellschaft von morgen, 1998; Die Universität von morgen. Visionen, Fakten, Einschätzungen. Privatdruck, ohne Datum (1999), ohne Angabe über Herausgeberschaft oder Verlag.
 - 9 Zum ganzen Passus: Die Universität von morgen, S. 83ff.; das letzte Statement S. 87.
 - 10 Die Universität von morgen, S. 5.
 - 11 Website des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats, <http://www.admin.ch/swr/d/swr.html>
 - 12 Jahrbuch 1999/2000, S. 238f.
 - 13 S. 24f.
 - 14 Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2000-2003 vom 25. Nov. 1999, S. 25.
 - 15 Eidgenössischer Staatskalender 1999, S. 119.
 - 16 http://www.admin.ch/gwf/gwf/images/d_images/gwf_struktur_d.gif
 - 17 Botschaft S. 25; Jahrbuch 1999/2000 S. 239.

Les sciences humaines dans le projet de l'Arc Lémanique

(md) En début d'année, l'élection du nouveau président de l'EPFL Patrick Aebischer a suscité un émoi considérable dans les milieux académiques de notre pays. L'événement était de taille: le successeur de Jean-Claude Badoux n'a pas seulement fait part de sa détermination à développer la biologie à l'EPFL, mais c'est tout un projet de rapprochement entre les hautes écoles de l'Arc Lémanique qui a été présenté dans la foulée. La presse s'est fait l'écho d'un renforcement des sciences humaines prévu avec la mise en place d'un pôle d'études dénommé «IRIS». L'ASSH a voulu en savoir plus sur ce qui se cachait derrière cet acronyme et sur les réformes en préparation. Le point avec Jacques Diezi, vice-recteur de l'Université de Lausanne.

Magali Dubois: La nomination de Patrick Aebischer à la présidence de l'EPFL est associée à un projet sans précédent de collaboration entre les universités de Lausanne et de Genève et l'EPFL. Va-t-on assister, dans les mois à venir, à une véritable refonte structurelle?

Jacques Diezi: Il s'agit en effet d'un grand bouleversement, qui ne touchera cependant pas l'ensemble des structures existantes des Hautes Ecoles. En outre, même si la nomination de Patrick Aebischer a accéléré le mouvement et levé le voile sur la volonté de synergie entre les deux universités et l'EPFL, elle n'en a pas été le prélude. A Lausanne, les premières démarches ont été effectuées sous le rectorat précédent, à partir de 1997–1998 déjà. Elles résultaient en partie de la situation consécutive au plan financier 1996–2000 de l'Etat de Vaud, qui prévoyait une réduction de quelque 10% sur le budget de l'UNIL. Comment continuer à fonctionner efficacement, notamment dans le domaine scientifique, avec cette nouvelle donne, franchement défa-

vorable? Rationaliser, créer des réseaux et coordonner davantage les actions s'imposaient.

Quels domaines seront concernés par les changements?

Les trois sections de la faculté des sciences de l'UNIL ayant un équivalent à l'EPFL, à savoir les mathématiques, la physique et la chimie, seront reprises par cette dernière. L'Université disposera ainsi de 30 millions environ libérés dans son budget qu'il est prévu d'investir, pour les deux tiers de cette somme environ, dans le développement d'un pôle de sciences de la vie, plus précisément, du «Centre intégratif de génomique» où travailleront des équipes des trois écoles. Les recteurs des universités et le président de l'EPFL ont exprimé une volonté très claire de développer ces domaines, convaincus de leur importance pour la recherche et pour le rayonnement national et international des écoles de l'Arc lémanique.

Et les sciences humaines?

Les 30 millions ne vont pas être exclusivement consacrés à la biologie. Les sciences humaines seront les autres bénéficiaires du capital à disposition, pour un tiers environ de cette somme. Cependant, entendons-nous bien, il ne s'agit pas pour l'Université de Lausanne de simplement corriger les coupes budgétaires faites au niveau cantonal, même si elles ont été particulièrement difficiles pour tous les secteurs de l'Université, avec les deniers de la Confédération. En fait, le redéploiement d'une partie des 30 millions servira à mettre en place le pôle d'études en sciences humaines «IRIS» (Intégration, régulation et innovations sociales, *n.d.l.r.*), qui concernera également les trois partenaires. Sa création étant directement en rapport avec le projet de sciences de la vie commun aux trois écoles, il aura pour vocation d'apporter une orientation humaniste à ce dernier. Naturellement, il faudra trouver un équilibre afin que les sciences humaines trouvent leur place dans cette constellation sans être purement et simplement soumises aux intérêts de la biologie et du projet plus vaste.

On le sait déjà, l'économie, l'éthique, et le droit seront les grandes disciplines d'IRIS, à son lancement tout au moins. Les matières des facultés de Lettres ont-elles donc été oubliées?

Certainement pas! Lorsque l'idée d'IRIS n'en était qu'à ses premiers balbutiements, les rectorats de Lausanne et de Genève ont sollicité l'ensemble des facultés de sciences humaines pour

qu'elles présentent des projets communs. Parmi les propositions reçues, une petite minorité avait apporté la preuve de possibilités concrètes de collaboration d'une part, et de perspectives transdisciplinaires d'autre part. Le choix final des projets retenus, destinés à se développer au sein d'IRIS, a naturellement du écarter certains projets, de la faculté des Lettres notamment. Cependant, la présence de disciplines comme l'histoire et la philosophie prendra tout son sens dans IRIS, et nous sommes convaincus qu'à terme, les représentants de ces domaines s'engageront à occuper le terrain.

Quand est-ce qu'IRIS sera-t-il lancé?

Il devrait démarrer en 2001, pour autant que le Conseil des écoles polytechniques, dont la décision pourrait tomber avant l'été, décide de l'affectation des ressources nécessaires au transfert des sections de la faculté des sciences de l'UNIL et que le Grand Conseil accepte de maintenir les quelque 30 millions ainsi libérés dans le budget de l'UNIL. Deux obstacles de taille jalonnent donc la dernière ligne droite, mais j'ai confiance. Même si IRIS ne ressemble pas, en définitive, trait pour trait à ce que j'ai décrit, l'important est qu'il soit lancé, qu'il fasse partie intégrante de l'évolution prévue et qu'il ajoute ainsi sa pierre à l'édifice du rapprochement entre les trois écoles. Si ces conditions sont remplies, IRIS aura sans l'ombre d'un doute un rôle catalyseur pour des projets dans des disciplines des sciences humaines peu concernées par les changements pour l'instant.

Une dernière question: un projet tripartite avec l'EPFL, est-ce jouable pour les deux universités? Ne craignez-vous pas qu'au vu de son rattachement direct à la Confédération et de l'ampleur des fonds extérieurs qu'elle génère, l'EPFL soit tentée, à un moment ou à un autre de s'émanciper?

Je ne crois pas, mais c'est évidemment un pari ! Il me semble que Patrick Aebischer, avec ses collaborateurs à la présidence, réalise bien l'atout considérable de ces compétences et moyens réunis

dans le périmètre lémanique, à quoi d'ailleurs il faut associer aussi les autres Hautes Ecoles de Suisse occidentale. Ceci me fait dire qu'il y a certainement une sensibilité partagée dans les directions des trois institutions. En outre, et c'est le plus important, de part et d'autre, on semble être d'accord sur un élément fondamental: la réunion des forces est un plus dont il faut tirer le meilleur parti. Partant du principe que la collaboration se révèle fructueuse à l'épreuve du temps, nos trois écoles auront tout à y gagner.

Qualitätssicherung in den Sozialwissenschaften – Modelle im Vergleich

Tagung in Magglingen, 22.–23. Februar 2001

(mz) Der Evaluation und Qualitätssicherung in Lehre und Forschung kommt in der neuen Universitätsgesetzgebung zentrale Bedeutung zu. Noch ist offen, nach wessen Ellen und unter Berücksichtigung welcher Kriterien, Qualität und Leistungen gemessen werden sollen. In der Absicht, den verschiedenen interessierten Gruppen – in Forschung und Lehre Tätigen, Geldgebern und Leistungsbezügern – selbst Gelegenheit zu geben, sich über das richtige Mass zu verständigen, bereitet der Wissenschaftspolitische Rat für die Sozialwissenschaften (CPS) gemeinsam mit der Schweizerischen Gesellschaft für Evaluationsforschung und dem Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» gegenwärtig eine Tagung zu dieser Thematik vor. Vorgesehen sind Plenarver-

anstaltungen, in denen namhafte Exponenten von Evaluationsagenturen aus Deutschland, Frankreich, England und Holland die dort bereits eingeführten Modelle und Verfahren präsentieren, und Workshops, in deren Rahmen auf die Sozialwissenschaften zugeschnittene Verfahren entwickelt werden sollen.

Mit der den Hochschulen gewährten erhöhten Autonomie, den von ihnen erwarteten, oftmals in Form von Leistungsvereinbarungen präzise umschriebenen Leistungen sowie der Mittelverknappung haben Evaluationsmassnahmen als Führungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrumente in der Hochschul- und Forschungspolitik eine zentrale Bedeutung erlangt. Sie sollen im Bereich der Lehre, Forschung und Dienstleistung ein Quali-

tätsmanagement ermöglichen, einen optimierten Ressourceneinsatz sicherstellen und Grundlagen für die Rechenschaftslegung über die Mittelverwendung bereitstellen. Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich die Hochschulevaluation denn auch an allen Universitäten durchgesetzt. Die von den Universitäten in den vergangenen Jahren durchgeführten Evaluationen unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihrer Zielsetzungen wie ihrer Methoden erheblich.

Mit dem neuen, im «Bundesgesetz über die Förderung der Universitäten und über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich» (UFG) vorgesehenen Regelsystem haben Evaluation und Qualitätssicherung in gleichem Masse an Bedeutung gewonnen wie sich die Anforderungen erhöht haben, welche an diese Instrumente gestellt werden. Als eines der zentralen Ziele der Hochschulpolitik hat die Sicherung der Lehr- und Forschungsqualität in der neuen Gesetzgebung Eingang gefunden. Dies bedingt eine Verstärkung und Institutionalisierung der entsprechenden Verfahren. Die neu eingeführte «Schweizerische Universitätskonferenz» (SUK), ein von Bund und Kantonen gemeinsam bestelltes Organ, welche ihre Arbeiten am 1. Januar 2001 aufnimmt, erhält die Kompetenz, verbindliche «Richtlinien für die Bewertung von Lehre und Forschung» zu erlassen.¹ Unterstützt wird die SUK durch das neu

geschaffene «Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung», welches die Kohärenz der universitären Selbstevaluationsmechanismen gewährleisten soll und seine Tätigkeit ebenfalls per 1. Januar 2001 aufnimmt.

***Wie und in welcher Form
die Vergleichbarkeit
von Verfahren,
die den Besonderheiten und
Eigenheiten von Disziplinen
und Universitäten
Rechnung tragen,
gewährleistet werden kann,
ist eine der vielen Fragen,
die sich stellt.***

Zu Diskussionen wird zweifellos die Frage Anlass geben, welche Tiefe diese in der Gesetzgebung vorgesehene Standardisierung und Normierung der Evaluationsverfahren erreichen soll. Noch erachten die Universitäten Evaluation und Qualitätssicherung als primär in ihrer Verantwortung und Kompe-

tenz liegende Aufgaben, die in Orientierung auf ihre eigenen spezifischen auszurichten sind.² Meist im Auftrag der Rektorate sind denn gegenwärtig an allen Universitäten Evaluationskommissionen mit der Ausarbeitung der entsprechenden Verfahren befasst. Mit Blick auf die in der Bundesgesetzgebung vorgesehenen Organe verdient die im März 2000 erfolgte Gründung des Kompetenzzentrums für Bildungsevaluation und Leistungsmessung (KBL), das Grundlagenforschung, projektbezogene Forschung und Dienstleistungen für Auftraggeber in den Bereichen Bildungsevaluation und Leistungsmessung erbringt, Beachtung.

1 UFG Art.7, Abs.1, und Art. 6, Bst. e)

2 SHK, Neue Strukturen der schweizerischen Universitätspolitik, Kommentare und Vorschläge zur Akkreditierung und Qualitätssicherung vom 19.1.99

Wie und in welcher Form die Vergleichbarkeit von Verfahren, die den Besonderheiten und Eigenheiten von Disziplinen und Universitäten Rechnung tragen, gewährleistet werden kann, ist eine der vielen Fragen, die sich stellt. «Was macht die Qualität einer Universität aus? Durch welche Merkmale ist sie definiert? Schon die einfachsten Fragen zeigen», schreibt Hans Wolfgang Brachinger, Vizerektor der Universität Freiburg in der März-Ausgabe des Magazins der dortigen Universität, «dass Qualitätssicherung ein sehr komplexes Problem darstellt». Antworten, so Brachinger

weiter, müssen im Diskurs mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen gefunden werden.³ Dieser Einsicht in die Notwendigkeit eines breiten Dialoges mit allen interessierten Kreisen entspringt eine bemerkenswerte Initiative, welche die Wissenschaftsministerinnen und -minister des Bundes und der Länder Deutschlands ergriffen haben: Im Rahmen eines offenen Forums wird eine Online-Diskussion in vier Phasen zum Thema «Qualitätssicherung im internationalen Vergleich» geführt. Die Sozialpartner, Wissenschaft, Kirchen, Dozentschaft und Studierende werden in einen breiten nationalen Diskurs einbezogen, welcher über eine Einstiegsdiskussion, Expertenrunden, öffentlichen Ak-

tionen und Diskussionen schliesslich zur Formulierung von breit abgestützten Empfehlungen zu einer Kernfrage mit hoher gesellschaftlicher Relevanz führt. In allen Phasen werden die Zwischenergebnisse im Internet zur Diskussion gestellt (www.forum-bildung.de).

Nicht online, jedoch ebenso breit sollen die Fragen, die sich im Zusammenhang mit einem koordinierten, universitätsübergreifenden Qualitätssicherungssystem in der Schweiz stellen, am 22. und 23. Februar in Magglingen diskutiert werden. Die Tagung will: Verfahren und Modelle der Evaluation und Qualitätssicherung, wie sie im In- und Ausland bereits verwendet werden, präsentieren; gestützt auf die vorliegenden Erfahrungen die Grenzen und Möglichkeiten sowie die Vor- und Nachteile der präsentierten Verfahren und Modelle zur Diskussion stellen; eine fachübergreifende, interdisziplinäre Debatte über mögliche Definitionen von Qualität und Leistung in der sozialwissenschaftlichen Lehre und Forschung lancieren; und den Sozialwissenschaftlern die Gelegenheit geben, die ihrem Selbstverständnis entsprechenden Qualitätsanforderungen an Forschung und Lehre zu formulieren sowie ihre Vorschläge zu den Verfahren und Kriterien, welche der Bewertung ihrer Arbeit zu Grunde gelegt werden soll, offensiv in die Bildungspolitik hineinzutragen.

Qualitätssicherung in den Sozialwissenschaften – Modelle im Vergleich

Hotel Bellevue, Magglingen
Donnerstag 22. Februar, bis
Freitag, 23. Februar, 2001
Detailliertes Programm ab
Oktober 2000 erhältlich.

Auskünfte Markus Zürcher,
zuercher@sagw.unibe.ch

3 Universitas Friburgensis, März 2000, S. 31

NFP «Landschaften und Lebensräume der Alpen» – Ausschreibung in Sicht

(kp) Lläuft alles plangemäss, sollte bereits im September 2000 die erste Ausschreibung für das Nationale Forschungsprogramm «Landschaften und Lebensräume der Alpen» über die Bühne gehen.

Am 23. Juni 1999 hat der Bundesrat das Nationale Forschungsprogramm «Landschaften und Lebensräume der Alpen» (NFP 48) beschlossen, für dessen Durchführung der Schweizerische Nationalfonds verantwortlich zeichnet. Das NFP soll Ziel- und Handlungswissen für eine gesellschaftlich erwünschte, wirtschaftlich tragbare und politisch umsetzbare Landschaftsentwicklung erarbeiten. Kräfte der Landschaftsentwicklung sollen erkannt, Anforderungen und Normen für eine nachhaltige Landschaftsentwicklung erarbeitet und Handlungsmöglichkeiten in den entscheidenden Politik- und Handlungsfeldern aufgezeigt werden.

Um die Leitthemen und -fragen des Programms besser fundieren zu können, hat der Nationalfonds die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) beauftragt, eine Vorstudie durchzuführen, die den aktuellen Forschungsstand und die Wissenslücken erhebt. Auf der Grundlage dieser Studie wird die Leitungsgruppe sodann den Ausführungsplan ausarbeiten. Zeitlich ist der Ablauf so geplant, dass die Ausschreibung für die Eingabe von Projektskizzen im September stattfindet.

Resultate der Vorstudie finden Sie unter: www.wsl.ch/land/alpsapes/.

SAGW-Workshop Alpenforschung 2000

Nach dem erfolgreichen SAGW-Workshop zum Thema «Les sciences de la culture face à l'espace alpin» 1998 in Hünigen soll die Debatte um die Rolle der Kulturwissenschaften in der Alpenforschung, welche im Zusammenhang mit dem NFP 48 neue Aktualität und Konkretisierung erhält, dieses Jahr weitergeführt werden. Am 3./4. November organisiert die SAGW deshalb in Thun erneut einen Workshop für in der Alpenforschung engagierte Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, dieses Mal mit dem Schwerpunkt «Landschaftsforschung».

Das Programm der Tagung ist ab Mitte Juni erhältlich. Interessenten und Interessentinnen können sich bei der SAGW für den Versand vormerken lassen (pieren@sagw.unibe.ch).

La Lunette d'Or – Prix Media de l'ASSH

(md) C'est un fait avéré; en comparaison avec d'autres disciplines, les sciences humaines et sociales accusent un déficit considérable dans les media. Le journalisme scientifique étant massivement consacré aux sciences naturelles, à la médecine et à la technologie, nos disciplines n'ont que trop peu l'occasion de faire parler d'elles. Afin de mettre en valeur leur présence dans le paysage médiatique, l'ASSH a créé un prix, «La Lunette d'Or», lancé pour la première fois cette année.

Nombreux sont les journaux, magazines et revues qui complètent occasionnellement ou régulièrement leurs éditions par des suppléments et des cahiers spéciaux. Une écrasante majorité d'entre eux sont consacrés aux nouvelles technologies et à la médecine, deux domaines dont les implications techniques, économiques, politiques et sociales ont une portée considérable. Dans ce contexte, il est difficile d'attirer l'attention sur la recherche en sciences humaines et sociales. Les découvertes, les résultats obtenus, les nouvelles orientations dans ces disciplines sont souvent considérés comme trop peu «sexy» – jargon de la profession oblige – pour toucher le grand public. «La Lunette d'Or» vise précisément à encourager ceux qui s'adonnent à la diffusion des sciences humaines et sociales auprès du grand public. C'est grâce à ces personnes que nos disciplines trouvent une place dans les colonnes de nos quotidiens ou au sommaire d'émissions radio ou TV. Des efforts que l'ASSH se doit d'encourager, absolument.

La récompense, d'une valeur de Frs 10'000.–, sera décernée à un(e) journaliste ou un(e) scientifique dont un travail

(compte-rendu, reportage, article etc.), présente un thème des sciences humaines et sociales de façon accessible à des non spécialistes. Tous les media (quotidiens, hebdomadaire, radio, TV, presse électronique) seront pris en considération, pourvu qu'ils aient une fréquence quotidienne ou hebdomadaire.

Afin de départager les candidatures que l'ASSH espère nombreuses, un jury a été constitué. Il est composé des personnalités suivantes:

- Heinz Eckert, journaliste, «Basler Zeitung»
- Balz Engler, Professeur d'anglais, Université de Bâle
- Jean-Paul Rüttimann, ancien Réd. en chef Radio suisse internationale, chargé de cours section de journalisme, Université de Fribourg
- Béatrice Schaad, Réd. adjointe de l'Hebdo
- Daniel Süss, Institut de journalisme et de sciences des media, Université de Zurich
- Christoph Wehrli, journaliste, «Neue Zürcher Zeitung»
- Jean Widmer, séminaire de journalisme, Université de Fribourg.

Le délai d'envoi pour les candidatures est fixé au 31 août 2000.

Le prix sera remis lors du colloque d'automne de l'ASSH, le 9 novembre 2000.

Intéressé(e)? N'hésitez pas à nous contacter si vous souhaitez obtenir plus d'informations sur «La Lunette d'Or». Et, surtout, ne manquez pas de faire connaître le prix à ceux qui, autour de vous, pourraient être des lauréats potentiels!

Contact Magali Dubois, ASSH,
E-mail: dubois@sagw.unibe.ch



Peut-on choisir la guerre qu'on fait – ou qu'on subit?

A propos d'un jeu de données en cours d'archivage

Reto Hadorn

Naissance d'un projet de recherche

A l'occasion du cinquantième anniversaire des Conventions de Genève, le Comité International de la Croix Rouge a organisé sous le titre «Les voix de la guerre» (en anglais: «People on War») une enquête internationale sur le thème de l'expérience de la guerre. Cette enquête a touché 12 pays qui connaissent présentement un conflit ou ont connu un conflit récemment, ainsi que 5 pays «en paix» – quatre des cinq pays du Conseil permanent de sécurité de l'ONU ainsi que la Suisse, pays hôte du CICR. L'institut mandataire, le «Greenberg Research» à Washington, a réalisé un sondage basé sur un questionnaire standardisé dans chacun des 17 pays; dans les 12 pays «en guerre», la démarche a été complétée par des entretiens individuels et en groupes, enregistrés, puis retranscrits et traduits en anglais. Un site web très bien fait (www.onwar.org) donne accès aux informations principales sur le projet et aux rapports de recherche établis par le «Greenberg Research».

Les résultats principaux de l'enquête sont aujourd'hui disponibles. Ils enrichissent la lecture des conflits dont les media se font l'écho, en confrontant crûment la foi fondatrice du CICR («Even wars have limits») et

l'expérience vécue par les populations prises dans un conflit armé. Ils permettent une estimation quantitative de l'impact du conflit sur l'individu et donnent une idée de l'opinion des populations touchées sur la légitimité de divers faits de guerre que les Conventions de Genève placent «hors limites». Ils montrent aussi que ces accords sont bien mieux connus dans les pays garants de la paix internationale (membres permanents du Conseil de sécurité) que dans les pays qui bénéficieraient le plus de leur application...

Dans le projet «People on War», le CICR suit une double démarche. Il se met à l'écoute des populations qui subissent un conflit armé ou y participent et il fait un constat sur l'étendue des violations du «droit de la guerre». Sur le fond, son propos est de montrer la nécessité de Conventions qui limitent les actes de violence et l'urgence qu'il y a de les faire mieux connaître. Entre ces deux perspectives, il y a la place pour la question posée dans le titre de ces quelques lignes: peut-on attendre de la guerre, processus social violent s'il en est, qu'elle s'organise de façon à respecter des règles? Et à quelles conditions?

L'enquête mise sur pied par le CICR est remarquable à plus d'un titre. C'est

une «enquête extrême» en ce sens qu'elle se place à la limite de ce qui est réalisable avec les méthodes standardisées. Si les témoignages sur les conflits sont nombreux, il n'est pas évident de conduire une démarche méthodique au sein de sociétés fragilisées par des conflits. Il a fallu organiser un sondage dans des pays pour lesquels les données statistiques sur la population sont parfois lacunaires ou anciennes. Le contexte conflictuel amène à revoir et réinventer le planning, la division du travail et le timing de l'enquête en fonction des circonstances. Si des instituts de sondage locaux ont parfois été mis à contribution, ce sont des collaborateurs des délégations locales du CICR et des sociétés locales de la Croix Rouge et du Croissant Rouge, seuls garants d'une certaine neutralité, qui ont réalisé les entretiens.

Archivage de l'enquête «People on war» au SIDOS

Le CICR a choisi le SIDOS pour assurer la conservation à long terme des données recueillies dans le cadre du projet «People on War» et assurer leur diffusion dans la communauté des chercheurs, en Suisse et dans le monde. Choix de proximité, certes, qui n'empêche pas pour autant de faire une large publicité au jeu de données en utilisant à la fois les réseaux du CICR et du SIDOS (pour ce dernier, les chercheurs suisses en sciences sociales, le réseau international des archives de données et le catalogue électronique commun par exemple). Le jeu de données «People on War» intéresse nos archives en raison de l'originalité du thème, de l'ampleur du projet et des condi-

tions particulières de sa réalisation. Le CICR est désireux de faire largement connaître et utiliser ses données et fait un investissement notable dans la constitution de la documentation et l'anonymisation des retranscriptions d'entretiens: un tel partenariat est enrichissant pour les archives, dont il contribue à étendre l'expérience et les compétences.

Le SIDOS soumettra le jeu de données aux contrôles de routine sur la congruence entre données et documentation, de manière à mettre à disposition des utilisateurs un ensemble cohérent. Aux difficultés hélas courantes – le projet est achevé, certains des acteurs principaux ont quitté Greenberg ou le CICR, de sorte qu'il est difficile d'accéder à une partie de l'information sur le recueil des données – s'ajoutent des difficultés liées au caractère international du projet (diversité des langues, langues particulièrement peu pratiquées en dehors du pays), au caractère unique du projet (les définitions et les procédures n'ont pas pu être rôdées sur plusieurs enquêtes comme dans les programmes ISSP ou Eurobaromètre) et aux conditions extrêmes dans lesquelles l'enquête s'est parfois déroulée. L'enjeu de ce travail – un accès facilité aux données – justifie largement l'effort accompli en commun par le CICR et le SIDOS pour reconquérir les éléments d'information nécessaires.

Le SIDOS mettra à disposition dès l'automne 2000 ce jeu de données exemplaire, qui devrait susciter un large intérêt en Suisse et dans le monde.

Von Ameisen, Schneekanonen und Gletscherflüssen

(kp) An der von der Interakademischen Kommission Alpenforschung (ICAS) und dem Departement Biologie organisierten Tagung «Phil.Alp – Die Alpen aus der Sicht junger Forschender» zeigten Nachwuchswissenschaftlerinnen am 16./17. März an der Universität Freiburg anhand der Präsentation ihrer Diplom- und Doktoratsarbeiten, was Alpenforschung alles sein kann.

Ob die von den Organisatoren anvisierte Zielsetzung (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Alpenforschung und der interdisziplinären Zusammenarbeit) der Tagung greift, kann heute noch nicht beurteilt werden. Die Veranstaltung in Freiburg zielte jedoch eindeutig in die richtige Richtung. Bereits das Echo auf die Ausschreibung war gross gewesen, das Interesse sehr breit gestreut. Und so war die gesellschaftliche Bewältigung eines Bergsturzes im letzten Jahrhundert ebenso Thema an der Tagung wie die Analyse von Schneetextur und -profil mittels eines neuen Messinstruments. Klimaänderungen werden nicht nur anhand der historischen Verschiebungen der Waldgrenze, sondern auch auf ihre Folgen für den Skitourismus hin untersucht, wie man hier lernen konnte.

Die verschiedenen Forschungsinhalte und Arten der Darbietung liessen erkennen, wie viele mögliche Untersuchungsbereiche der Alpenraum bietet und welche Relevanz den Alpen als Forschungsraum – beispielsweise als ökologischer Gradmesser für Klimaerwärmung – zukommt. Obwohl es den Forschenden durchwegs gelang, ihre Resultate einem fachfremden Publikum ver-

ständiglich darzulegen, zeigten die Präsentationen indes auch, wie gross die erkenntnistheoretischen und methodologischen Unterschiede zwischen den verschiedenen Disziplinen und Kulturen sind und somit auch, dass die vielbeschworene Interdisziplinarität nicht bei der gegenseitigen Verständigung endet, sondern Verständlichkeit vielmehr erst eine Voraussetzung für Kooperation ist.

Junge Forschende ausgezeichnet

An der Veranstaltung wurde je ein «Phil.Alp»-Preis für die beste Präsentation einer Dissertation und einer Diplomarbeit verliehen. Der Preis für die Präsentation ihrer Dissertation ging an Ivana Stehlik (Institut für Systematische Botanik, Universität Zürich); Patrick Laube (Geographisches Institut, Universität Zürich) erhielt den Preis für die Vorstellung seiner Diplomarbeit. Im Anschluss an die Veranstaltung wurde Dr. Patrick Gamma (Geographisches Institut, Universität Bern) mit dem PLANAT-Forschungspreis ausgezeichnet. Wir gratulieren herzlich! Mehr Infos finden Sie auf: www.alpinestudies.unibe.ch

Kommunikation als Schlüssel zum Erfolg

Bericht zum 1st Swiss Global Change Day

(kp) Oft wird Global Change-Forschung fälschlicherweise mit reiner Klimaforschung verwechselt. Gerade weil der Begriff weit mehr umfasst, ist der Dialog auf allen Ebenen immens wichtig.

Nach Abschluss des Schwerpunktprogramms Umwelt und des für die Umweltforschung relevanten NFP 31 besteht die Gefahr, dass der Austausch zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen erneut abnimmt. Um dem vorzubeugen, hat ProClim-, das Forum für Klima und Global Change, ein Langfristunternehmen der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften, am 6. April in Bern den *First Swiss Global Change Day* durchgeführt. Ziel der Tagung waren der interdisziplinäre Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse und die Präsentation von Arbeiten junger Forscher.

Nach der Logik der drei internationalen Forschungsprogramme zum *Global Change* (WCRP¹, IHDP² und IGBP³) war die Veranstaltung in drei Blöcke (zu je zwei Referaten und einer Podiumsdiskussion) eingeteilt. Der erste Block war dem Wandel des Klimas gewidmet, der zweite dem Menschen als Einflussgrösse und als Opfer sowie als

Bewerter von globalen Veränderungen. Im dritten Teil wurden die Auswirkungen von Umweltwandel auf verschiedene Pflanzenarten analysiert. Das Ensemble all dieser Beiträge zeigte einmal mehr in aller Deutlichkeit, wie vielschichtig das Problem weltweiter Umweltveränderungen ist und wie unzureichend einzelne Disziplinen sind, um Lösungen für brennende Probleme wie CO₂-Ausstoss, Treibhauseffekt, Ressourcenverbrauch, Verteilungskonflikte etc. zu finden.

So verschieden ihre Blickwinkel, so einzig waren sich die anwesenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler folglich in ihrer Einschätzung der Wichtigkeit der Bedeutung von Kommunikation zwischen den Forschenden einerseits und zwischen Wissenschaft und Gesellschaft andererseits. Besonders wichtig sei der Dialog mit der Gesellschaft deshalb, weil gerade im Bereich der Umweltveränderungen das Vertrauen des nichtwissenschaftlichen Publikums in die Forschung getrübt sei, zeigen hier viele Resultate doch lediglich Vermutungen, Trends und Wahrscheinlichkeiten an, während harte Fakten tendenziell rar sind. Die Anwesenden stimmten aber gerade darin überein, dass

1 «World Climate Research Program»

2 «International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change»

3 «International Geosphere-Biosphere Program»



Die Mitwirkenden am ersten, von Huw Davies geleiteten Panel (von links nach rechts): Jill Jäger, Executive Direktor von IHDP, Brian Hoskins, University of Reading, Thomas Stocker, Universität Bern, Erik Schmausser Swiss Re, Markus Nauser, BUWAL (Photo: Heinz Gutscher)

Unsicherheit (nicht zu verwechseln mit *Unwissenheit*) in die Wissenschaft gehören und deshalb vermehrt in Modelle und Prognosen einbezogen werden müsse. Die Forschung werde dadurch nicht ungläubwürdiger, falls sie sich erfolgreich darum bemühe, die Gründe und die Bedeutung dieser Unsicherheiten zu vermitteln.

Der Dialog, auch darin waren sich die Anwesenden mehrheitlich einig, dürfe jedoch nicht einseitig sein, dürfe sich nicht auf die Präsentation von Resultaten durch die Forschung beschränken; *stake holders* müssten vielmehr aktiv in die Forschung einbezogen werden (Stichwort Transdisziplinarität). Erstens

sei dies für die Forschung selbst von Nutzen, zum zweiten müssten die menschlichen Bedürfnisse der Wissenschaft bekannt sein, um die Akzeptanz von Massnahmen zum Abbau von umweltschädigendem Verhalten überhaupt erst ermitteln zu können. Es erstaunte deshalb nicht, dass an der Tagung mehrfach der Wunsch geäußert wurde, inskünftig mehr Personen aus der Politik, der Verwaltung und der Bevölkerung in die Veranstaltung einzubeziehen.

Informationsgesellschaft zwischen Unsicherheit und Phantasie

(mz) Hohes Tempo, viele Ungewissheiten und zumeist vage oder ziemlich spekulative Prognosen von Fachleuten kennzeichnen die Entwicklungen, welche unter dem Titel Informationsgesellschaft beobachtet werden.

Kompiliert und in Echtzeit spiegeln die Börsen die in die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien gesetzten Erwartungen ebenso wie die mit ihrem Einsatz verbundenen Ungewissheiten. Enorme Zuwachsraten bei der Nutzung sowie den Inhalten und den Applikationen der treibenden Kraft der Informationsgesellschaft, dem Internet, liessen die Kurse der Technologiewerte über Monate in Höhen schnellen, die jenseits aller historischen Erfahrungswerte liegen und sich mit den herkömmlichen Erklärungsansätzen nur schlecht begründen lassen. Rasch war das Schlagwort von der «Neuen Wirtschaft», die andere Gesetzmässigkeiten kenne, in aller Munde. Die Debatte jedoch, ob und unter welchen Prämissen es sinnvoll ist, von einer neuen Ökonomie zu sprechen, hat eben erst begonnen. Vorerst bestimmen Unsicherheit und Ungewissheit das Geschehen an den Börsen, wo eine wilde Berg- und Talfahrt den rund 12 Monate dauernden steilen Aufstieg der Technologiewerte abgelöst hat.

Visionen und Phantasien lösen die Informationstechnologien nicht nur in der Wirtschaft, sondern in zahlreichen

weiteren Bereichen aus. E-Government, Cyberadministration, virtuelles Klassenzimmer und virtueller Campus lauten einige der griffigen Formeln für die zahlreichen E-Initiativen, die in Verwaltung und Bildung angelaufen sind. Dem Beispiel anderer hoch entwickelter Industriestaaten folgend hat der Bundesrat am 18. Februar 1998 eine «Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz» verabschiedet. Unter der Federführung der interdepartementalen Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft (KIG) und dem skeptischen Blick der Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte¹ wurden für neun Massnahmenbereiche Aktionspläne erarbeitet. In ihrem ersten Bericht an den Bundesrat vom 14. April 1999 stellt die KIG fest, «dass der Stand der Informationsgesellschaft in der Schweiz in vielen Gebieten weit fortgeschritten ist, andererseits aber das Bewusstsein für die unwälzenden Veränderungen noch weitgehend fehlt». Diagnostiziert wird ein Mangel an statistischen und wissenschaftlichen Beschreibungen der Informationsgesellschaft. Der Bedarf an Klärung und Analyse auf einer grundsätzlichen Ebene ist denn auch vielfach dokumentiert. «The concept of an information society», schreiben beispielsweise die Organisatoren einer im September 2000 in Wien vorgesehenen UNESCO-Konferenz zum Thema Sicherheit, Recht

¹ Die Finanzdelegation befürchtet kaum überblickbare Kostenfolgen und beanstandet die ungeklärten Zuständigkeiten.

und Ethik im Internet, «is neither well defined nor are its foundations and implications well understood».

Mit verschiedenen Veranstaltungen und Schwerpunktbeiträgen in unserem Bulletin will die SAGW in diesem Jahr ihren Beitrag zu einem reflektierten und vertiefteren Verständnis der neuen Informationstechnologien leisten. Der Auftakt macht ein Beitrag von Jürgen Mittelstrass, Ordinarius für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der Universität Konstanz. Laut dem NEC *Research Institute* sind gegenwärtig mehr als eine Milliarde Dokumente im Netz verfü-

bar. Yahoo bearbeitet gemäss eigenen Angaben täglich mehr als 50 Millionen Anfragen, bei Altavista sollen es mehr als 80 Millionen sein. In Sekundenschnelle verweisen die Maschinen auf tausende oder hunderttausende von Dokumenten, die alle den gesuchten Begriff enthalten, aber zumeist keine Antwort auf die Frage, die den Suchenden beschäftigt. Auch jenen, welche die Entwicklung in Bits und Bytes zu fassen suchen und sich bisher herzlich wenig für semantische Feinheiten interessieren, wird es dämmern, dass unter diesen Bedingungen, ein grundlegendes Nachdenken über Information Not tut.

Informationswelt und Informationsgesellschaft*

Jürgen Mittelstrass, Konstanz

Die moderne Welt verwandelt sich in eine Informationswelt. Gemeint ist eine Welt, die ihre Probleme des Wissens und des Könnens auf eine entlastende Weise in Form von Informations- und Kommunikationstechnologien zu lösen sucht. Doch diese Welt ist eine seltsame Welt. In ihr geht, wie es scheint, der Information das Wissen, dem Wissen die Realität verloren. *Virtualität* ist das Zauberwort der Stunde, und in der Virtualität sind alle Katzen grau, auch die an den Pforten des Wissens. Unübersehbar beginnt un-

ter dem Signum einer *Informationsgesellschaft* eine rationale Kultur ihre Orientierungs- und Wissensformen zu verändern, nämlich eine Situation ins Auge zu fassen, in der der Begriff der Information an die Stelle älterer Wissens- und Orientierungsbegriffe tritt. Steht uns eine neue Götterdämmerung bevor, in der diesmal nicht eine archaische, mythische Kultur, sondern die rationale Kultur, die sie ablöste, untergeht? Gehören die Begriffe des Wissens und der epistemischen Autonomie, d.h. der selbst-

* Stark gekürzter Auszug aus dem Festvortrag, den der Autor unter dem Titel «Der Bibliothekar als Partner der Wissenschaft» zum 100-jährigen Jubiläum des Vereins Deutscher Bibliothekare im Rahmen des Kongresses «Information und Öffentlichkeit 2000» am 21. März 2000 in Leipzig gehalten hat. Der vollständige Text wird in der «Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie» veröffentlicht.

ständigen Wissensbildung, auf den Müllplatz der Geschichte, die nunmehr mit anderen Steinen, Bits and Bytes und Multimedia, baut?

Dass wir uns in einer Informationswelt einzurichten beginnen, in der sich die Informations-, Kommunikations- und Produktionsstrukturen schneller ändern als je zuvor, und dass unsere Gesellschaft im Begriff der Informationsgesellschaft ein neues Selbstverständnis gewinnt, bedeutet nicht, dass eine derartige neue Welt und eine derartige neue Gesellschaft ohne Probleme wären. Tatsächlich löst die Informationswelt nicht nur Probleme, sie schafft auch (neue) Probleme. Zu diesen gehört, dass Information zwar auf Wissen beruht, dass sie sich immer konsequenter aber auch an die Stelle des Wissens setzt. Die Folge ist, dass wir immer weniger durchschauen, was uns in Form von Informationen zur Verfügung steht. Während man sich Wissen strenggenommen nur als Wissender eignen kann, Wissen den Wissenden voraussetzt, setzt Information im wesentlichen Verarbeitungskapazität und Vertrauen voraus. Informationen muss man vertrauen, wenn man ihr Wissen, das über die Information transportierte Wissen, nicht prüfen kann. Dies bedeutet aber, dass im Medium der Information *Wissen* und *Meinung* ununterscheidbar werden; der «Informierte»

weiss in der Regel nicht, ob er in einer Wissenswelt oder in einer Meinungswelt lebt. Werden wir alle zu Informationsriesen und gleichzeitig zu Wissenszwergeren?

Hier kommt es darauf an, sich klarzumachen, dass Information nicht eigentlich eine Wissensform, sondern eine

Kommunikationsform ist. In Informationsform machen sich Wissen und Meinungen transportabel. Das heisst aber auch, noch einmal, dass diese sich in Informationsform einander angleichen, schwer voneinander unterscheidbar werden. Informationen sieht man in der Regel nicht an, ob sich hinter

ihnen Wissen oder Meinungen verbergen. Und eben darin liegt das Problem mit einem Informationsbegriff, von dem manche schon meinen, dass er einen neuen Wissensbegriff darstelle.

Die Opposition von Information und Wissen bzw. deren Unkenntlichwerdung öffnet insofern in überraschender Weise aber auch eine kulturökologische Nische für eine *neue Dummheit*. Diese Dummheit ist gewiss nicht mehr die dumpfe Dummheit der Ungebildeten und Verstockten; sie ist, wenn sie denn gesellschaftliche Wirklichkeit gewinnen sollte, eine Dummheit auf hohem Niveau. Gegen Dummheit streiten wir wiederum mit Kompetenz und Wissen. Während Wissen damit, wie Kom-

***In Informationsform
machen sich Wissen
und Meinungen
transportabel.
Das heisst aber auch,
dass diese sich
in Informationsform
einander angleichen,
schwer voneinander
unterscheidbar werden.***

petenz, Gegensatz von Dummheit ist, gilt dies von Information nicht grundsätzlich und nicht in allen Fällen. Gemeint ist, dass der sachverständige Umgang mit Wissen eigene Wissensbildungskapazitäten und eigene begründungsnahe Beurteilungskapazitäten voraussetzt, der Umgang mit Information in der Regel nicht. Eben dies war gemeint, wenn auf die Verbindung von Information und Vertrauen hingewiesen wurde bzw. auf den Umstand, dass zum Umgang mit Information in erster Linie Verarbeitungskompetenzen und Vertrauen gehören. Woher eine Information stammt und wie sie sich verarbeiten lässt, wird wichtiger als die wissende Teilnahme an der Produktion des Wissens und seine herkunftsunabhängige Beurteilung.

Das klingt ein wenig polemisch und ist auch so gemeint. Polemik ist ja nicht nur etwas Unsachgemässes, sie ist auch der Stachel im Fleisch einer allzusehr von sich selbst überzeugten Kultur, auf welchem intellektuellen Niveau auch immer. In diesem Falle geht es darum, die Dynamik einer Welt, die sich als Informationswelt versteht, und einer Gesellschaft, die nach Meinung ihrer soziologischen und politischen Konstrukteure schon heute eine Informationsgesellschaft ist, also eine Gesellschaft, die wohl irgendwo zwischen einer informierten und einer Wissen in seinen bisherigen selbständigen Formen durch Information ersetzenden Gesellschaft liegen dürfte, deutlich zu machen. Dabei gehört zur Informationswelt, die in dem genannten Sinne nicht nur eine Wissenswelt, sondern auch – und häufi-

ger als bekömmlich – eine Meinungswelt ist, auch ihre zunehmende Unüberschaubarkeit. Auf den Strömen der Information entfernen wir uns immer weiter von den Quellen, die das Wissen sind. Was einmal über begrenzte Aufnahmekapazitäten im Umgang mit der modernen Welt gesagt wurde, gilt auch für den Medien- und Informationsbereich: «Wir leben mit mehr Menschen zusammen, als wir ertragen können, (...) wir leben mit mehr Dingen zusammen, als wir beherrschen können».¹ Wir leben auch mit mehr Informationen zusammen, als wir verarbeiten können.

Wo wir uns eben dieser Anstrengung, der Verarbeitung dessen, was wir an Wissen in Informationsform konsumieren, nicht mehr unterziehen – sei es aus Resignationsgründen angesichts wachsender Unüberschaubarkeiten oder aus Bequemlichkeitsgründen –, stehen die Zeichen für jene erwähnte neue Dummheit nicht schlecht. Sie folgt aus der diagnostizierten Unselbständigkeit in Informationszusammenhängen und fällt möglicherweise nur deshalb nicht auf, weil sie technologisch gesehen ungeheuer erfolgreich ist.

Die Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien geht stürmisch voran, und sie öffnet den Blick auf eine faszinierende Welt sich wandelnder Wissensformen. Doch was wird mit den *Köpfen*, nicht nur den wissenschaftlichen? Was ist, wenn

¹ Y. Friedman, zitiert bei P. Atteslander: Mehr oder weniger Demokratie? Durch die neuen Medientechniken droht eine gefährliche Überinformation, «Die Zeit», Nr. 52, 20.12.1985, 42.

Köpfe die Rückverwandlung der Information in Wissen nicht mehr leisten, die Information sich zu Bergen türmt, vor denen der Kopf immer kleiner wird? Oder räumt Information irgendwann einmal die Köpfe beiseite? Ist die zukünftige Informationswelt eine Welt voller Information, aber ohne Subjekte – so wie gelegentlich, im Blick auf die moderne Multimedia-Welt und ihre technischen Selbstorganisationsmöglichkeiten, eine Kunst ohne Künstler proklamiert wird? Ist die Zukunft der Information die Information selbst, die Informationsgesellschaft nur ein Übergangsphänomen, bis die Informationswelt am Ende auch die Menschenwelt ersetzt?

Gottlob ist das wohl eher Science Fiction als ein realistischer Blick in eine neue Welt, die am Ende auch ohne Köpfe auskommen würde und deren sinnlicher Gehalt sich auf die Erfahrungen von «Virtual Reality» reduzierte. Der Mensch hat immer schon davon geträumt, seine eigene Endlichkeit durch Unendlichkeiten zu ersetzen, heißen diese nun Gott oder Unsterblichkeit. Sein *Glück* hat er immer noch in der Endlichkeit, und nur hier, gefunden. So wird es auch in Zukunft sein, auch mit den Träumen der Informationsbesessenen und der Medienvernarrten, die in einem bestimmten Sinne alle über ihre Verhältnisse leben – wenn man das, was

hier gelegentlich, etwa unter den Stichwörtern «künstliche Intelligenz» und «Virtual Reality», proklamiert wird, überhaupt noch Leben nennen möchte.

Was diese Welt vor allem braucht, ist denn auch nicht eine ständig weitergetriebene Verwandlung der Wirklichkeit in Virtualität oder das Imaginäre, sondern *Urteilkraft*, die sicher durch immer weiter wuchernde Bilder- und Informationswelten führt. Damit meine ich den sicheren Instinkt des Verstandes, der greift, nicht nur berührt, verändert, nicht nur beschreibt, das Wesentliche, ohne dass es den Dingen oder den Informationen auf der

Stirn stünde, erfasst und sich aneignet. Doch das ist eine andere Geschichte, die etwas mit Kants Vorstellung vom Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit² zu tun hat. Hüten wir uns davor, dass uns die neue Informationswelt in Verbindung mit nachlassender Urteilkraft in eine neue, keineswegs nur mit bibliothekarischen Massen gemessene Unmündigkeit führt.

***Ist die zukünftige
Informationswelt
eine Welt voller Information,
aber ohne Subjekte –
so wie gelegentlich, im Blick
auf die moderne
Multimedia-Welt
und ihre technischen
Selbstorganisationsmöglichkeiten,
eine Kunst ohne
Künstler proklamiert wird?***

2 I. Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? [1783], in: I. Kant, Werke in sechs Bänden, ed. W. Weischedel, Frankfurt/Darmstadt 1956–1964, VI, 53.

Neue Medien in den Kulturwissenschaften

Öffentliche Veranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung der SAGW

(kp) Dieses Jahr befasst sich die Akademie gleich an zwei Tagungen mit elektronischer Kommunikation. Die öffentliche Veranstaltung an der Jahresversammlung am 16. Juni ist den praktischen Möglichkeiten und Problemen gewidmet, mit denen sich Forschende beim Gebrauch von Internet, elektronischen Datenbanken, CD-ROM etc. konfrontiert sehen.

Sozial- und Geisteswissenschaften werden zuweilen mit Rückständigkeit in Verbindung gebracht; doch auch hier haben E-Mail und Internet längst Einzug gehalten. Gerade in der Forschung können der schnelle Austausch von Daten und die kostengünstige Publikation von Resultaten via Internet oder die Recherche mit Hilfe von Datenbanken von grossem Vorteil sein. Benutzerinnen und Benutzer sehen sich aber ebenso mit neuen Hindernissen, rechtlicher, ökonomischer und technischer Natur, konfrontiert. Die Chancen wie die Probleme im Gebrauch der modernen Kommunikationsinstrumente für die Kulturwissenschaften sollen deshalb Thema der öffentlichen Tagung der diesjährigen SAGW-Jahresversammlung sein.

Was ist erlaubt, was sinnvoll?

Das Thema der Veranstaltung, welche sich in erster Linie an die Mitgliedgesellschaften der Akademie, aber auch an weitere Forschende und interessierte *user* wendet, soll von drei Seiten angegangen werden: *David Rosenthal*, Jurist und Medienjournalist, wird sich zu den rechtlichen Aspekten des wissenschaft-

lichen Gebrauchs neuer Medien, vor allem elektronischer Datenbanken und Internet äussern, betrifft doch eine der zentralen Fragen für Forschende die möglichen Auswirkungen von Copyrightbestimmungen auf die Freiheit der Grundlagenforschung. *Andreas Kellerhals*, Vizedirektor des Eidgenössischen Bundesarchivs, wird das Thema sodann aus dem Blickwinkel der Datenarchivierung und -nutzung betrachten. So lässt sich etwa fragen: Wie aktuell müssen Daten überhaupt sein? Welche Methoden und Verfahrensweisen bieten die neuen Medien zur Erfassung, Sicherung und Erhaltung von Daten und wieviel kosten sie?

Hat das Buch ausgedient?

Im Rahmen der anschliessenden Podiumsdiskussion werden sich fünf Persönlichkeiten aus dem Kreise der Akademie und verwandten Bereichen mit der Frage befassen, welcher Stellenwert und welche Funktion elektronischen Medien gegenüber herkömmlichen Druckerzeugnissen zukommen. Es diskutieren *Salome Schmid-Isler*, Universität St. Gallen, *Urs Breitenstein*, Verlagsleiter Schwabe & Co., Basel, *Heinz Bonfadelli*, Univer-

sität Zürich, *Rudolf Groner* und *Heinz-Günther Nesselrath*, beide Universität Bern. Geleitet wird das Gespräch von *Catherine Aeschbacher*, Redaktorin beim «Tages-Anzeiger». Die Diskussion soll Fragen der Kosten, der Praktikabilität, der Effizienz und der Anpassung der elektronischen Medien an die Bedürfnisse der Forschenden im Vergleich mit den Printmedien behandeln.

Zur Anwendung

Um dem Publikum ganz konkrete Anwendungsmöglichkeiten elektronischer Datenbanken in den Kulturwissenschaften nicht vorzuenthalten und die Anwesenden mit den Institutionen der SAGW

vertraut zu machen, werden *Dominique Joye*, Direktor des Schweizerischen Informations- und Daten-Archivdienstes für die Sozialwissenschaften (SIDOS), und *Marco Jorio*, Direktor des Historischen Lexikons der Schweiz (HLS), die Datenbanken ihrer beiden Institute vorführen.

Anmeldung Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, Hirschengraben 11, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031/311 33 76, Fax 031/311 91 64, E-Mail: pieren@sagw.unibe.ch

(Ein Tagungsprogramm ist in der Mitte dieses Bulletins eingeklebt.)

Peer Review and Electronic Publishing*

Jean Zinn-Justin

(md) En marge de l'Assemblée annuelle dont la partie thématique portera sur l'utilisation des nouveaux médias en sciences humaines et sociales, nous vous proposons les réflexions d'un physicien, Jean Zinn-Justin, qui, en sa qualité d'éditeur d'une revue de physique, se penche sur l'avenir du «Peer review» et des publications électroniques. Ses considérations étant pertinentes pour toute la communauté scientifique, elles constituent un point de départ intéressant pour alimenter les débats de l'Assemblée annuelle.

A time of changes

Electronic dissemination of scientific information, because it offers a cheap, easy, fast and unscreened way to reach the whole scientific community, forces us to reconsider the role of peer review, one of the cornerstones of paper publication. The traditional refereeing system is already on the verge of collapse, due to the increasing number of submitted articles and their increasing specialization. It is now doubtful that it can survive unchanged in the electronic age. We shall argue here that some form of evaluation of scientific papers remains necessary, but the way this could be achieved could ultimately be quite different.

The role of refereeing in the publication process

Let us first discuss the role of refereeing in the way we now perceive it. It is here important to distinguish two, sometimes conflicting, points of view: that of the

scientific community and that of the author (a somewhat schizophrenic situation). The community expects the referee to perform the following tasks: (i) eliminate wrong papers; (ii) fight against plagiarism and redundancy; (iii) fight against dilution of information; (iv) help to improve, when necessary, the quality of articles from the point of view of content and readability; and (v) decide about formal publication, and simultaneously determine the final form of articles. For the author: (i) before electronic media, publication in journals was the main tool of scientific communication. This had already partially been circumvented by the paper preprint systems, at least in well-established laboratories. This question is now rapidly becoming obsolete in the sense that public and free databases provide a better way to reach the scientific community than journals that are not everywhere available. Note that this leads to a decoupling between the two issues of scientific dissemination and validation of research

* Ce texte a paru dans l'ouvrage *The Impact of Electronic Publishing on the Academic Community*, I. Butterworth (ed), London, Portland Press, 1998.

results. (ii) For many authors, having their articles accepted for publication is the main way of having their work recognized. The general perception of the journal's reputation in the community is an important element of their strategy. This reputation is part related to the quality of editors and referees.

It is essential to keep this problem in mind in any proposal to modify the present system. Many authors no longer care about their papers actually appearing in a journal, but they consider it as essential to have their paper accepted for publication. They believe this to be important for their academic career. As an obvious consequence the present publication system is becoming unstable. Indeed a rational economic behaviour would be to submit articles to journals but not to subscribe to them. Another consequence is that it becomes more difficult to start new journals even if they are quite inexpensive. Indeed authors are induced to submit to journals of high reputation even if they are poorly distributed.

Should some form of peer review be maintained?

It is obvious that some form of evaluation of scientific articles is needed. While experts in a field know which articles are relevant, newcomers to a field may have more problems. This problem will become increasingly serious with time, due to the accumulation of articles and some loss of memory. Of course one can argue that some form of scientific evaluation already occurs spontaneously under the

form of citations. Moreover, in electronic form, articles can be linked through references and it becomes much easier to find out by whom and why an article is cited. The existing system can further be improved by pointing to the location where the citation occurs in the article. Such an evaluation system has several advantages, it is cheap, easy and automatic. It improves with time. Is it thus sufficient?

I do not believe so for several reasons. It is not very efficient because the reasons for a citation are not always obvious and may require extensive reading of other articles. It is very sensitive to fashions and topical subcultures (the number of papers authors cite varies very much). If it remains the unique mode of evaluation it can be easily subverted. Finally, such a system is unlikely to be accepted in the immediate future by researchers who want their work to be reviewed and judged on the basis of article submission.

Dynamical and open refereeing

One of the new features of electronic publication is the possibility of linking electronic documents. An electronic article does not exist any more as an isolated object, but in direct relation with others. This environment is dynamical and open in the sense that it evolves under the action of other actors. As a consequence important documents can remain alive. One might argue that such a phenomenon already existed for paper documents, but the speed and ease of navigation between linked electronic

documents creates a totally new situation. A new system of evaluation should therefore take full advantage of this possibility. Actually, this evaluation should be only a part of a more complex process to organize and structure the whole information available (the main task of scientific publishers in the future?).

The result of peer review could then take the form of comments linked to articles. This would provide a much more accurate evaluation. The evaluation would not necessarily be unique. Conflicting opinions could in limiting cases be admitted and judgments could evolve with time.

How could such a system be organized? Two important problems are: who will decide which comments are acceptable? and, should comments be spontaneous? Unscreened spontaneous comments is certainly not the solution for obvious reasons. Screening of comments thus requires, as in paper publication, some kind of editorial board (or several?) who will review the comments (useful comments should be concise, precise and as factual as possible). The system would bear some analogy to what happens in the comment sections of present journals (with the author being given some opportunity to reply), except that comments would not be considered as new publications.

Spontaneous refereeing, if it worked, would have many advantages. Signed and dated comments could be appended to articles (the author himself would also be allowed to add his own

remarks or corrections). It may be hoped that scientists would be more inclined to comment articles they enjoyed reading, than articles of marginal interest they only read, under pressure, as referees.

Would spontaneous refereeing be sufficient? Probably not, at least in the near future. A further step would be that the editorial board selects referees and asks them to review some number of articles of their own choice per year.

However this again may not solve all problems. As I mentioned at the beginning, a new system to work must be acceptable to authors. Many authors need their work to be evaluated. If they work in topics temporarily out of fashion spontaneous refereeing may not be sufficient. Also newcomers to a field could for some time be ignored. Therefore we may at least for some time be forced to supplement spontaneous refereeing with solicited evaluation, as in the traditional system. However the new system provides referees with new weapons. They will no longer be forced to make a sometimes very difficult decision.

Unflattering comments of the form: "correct article of marginal interest, very hard to read", will increase the pressure on authors to improve the quality of their production.

Finally the evaluation, to be useful, has to be easily accessible, and this concerns both the precise form of the evaluation, and the electronic tools to retrieve. This also leaves some interesting opportunities for publishers. (...)

Conclusion

(...) What precise form this evaluation and commenting process will ultimately take is as yet unclear; we have to be imaginative, bold and pragmatic. Some experimenting will be required before we find a new stable mode of operation. One of the difficulties is to find a path which starts from the present system and continuously moves to something radi-

cally different. However, if we succeed we can produce a much more efficient and useful model of scientific communication. This would be of tremendous importance for the whole scientific community.

Information

Jean Zinn-Justin, CEA-Saclay, Service de physique théorique, Gif-sur-Yvette, France, E-mail: Zinn@sph.saclay.cea.fr

Herbsttagung 2000 der SAGW

Das Internet – Potenzial und Grenzen aus sozialwissenschaftlicher Sicht

Donnerstag, 9. November 2000, 14.00–18.15 Uhr,

Auditorium Corporate Information & Technology, Swisscom AG, Bern

Obwohl nahezu täglich und in allen Lebensbereichen neue E-Initiativen gestartet werden, mangelt es sowohl an statistischen Beschreibungen als auch an wissenschaftlichen Analysen der Informationsgesellschaft. Die vom Bundesrat eingesetzte Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft ortet denn auch einen erheblichen Klärungsbedarf auf grundsätzlicher Ebene. Noch wird die Diskussion um das Internet durch einen «radikalen Techno-Diskurs» (Otfried Jarren) dominiert, welcher in Ausblendung der sozialen Dimension nur wenig zur Klärung elementarer Fragen beiträgt. Noch interessieren Zuwachsraten und daraus abgeleitete Trends, welche die Phantasien beflügeln, mehr als harte Fakten. Noch bestimmen Prognosen und nicht Analysen die Erwartungshaltungen. Sind diese hohen Erwartungen jedoch im Lichte der sozialwis-

enschaftlichen Analyse der Netzkommunikation gerechtfertigt? Fakten, empirisch-analytische Ergebnisse und Befunde der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Informationsgesellschaft präsentieren

- Carine Lins, Zürich, WEMF AG für Werbemedienforschung
- Dr. Cristina Molo Bettelini, Mendrisio, USI und SPP Demain la Suisse
- Christoph Müller, Bern, SPP Demain la Suisse
- Dr. Patricia Funk, Basel, WWZ Universität Basel

Im Anschluss nehmen Vertreter aus Wirtschaft und Sozialwissenschaften im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu den vorgetragenen Thesen und Befunden Stellung. (Vollständiges Programm ab Mitte August verfügbar).

Auskünfte Markus Zürcher, SAGW, zuercher@sagw.unibe.ch

Crass Eurocracy: a personal view

*Nicholas Mann**

The General Assembly of ALLEA (All European Academies), which met in Prague at the end of March, was very properly preoccupied with the problems of the physical and biological sciences. Seen from the point of view of a non-scientist, the most interesting feature of the debates was the common conviction that the scientific paradigm was the only one valid for the modern world, though that article of faith masked considerable differences of opinion as to the precise details of the paradigm. It was useful to be reminded that science has a history, and that that history, even the most recent part of it, is littered with errors which testify to the arrogance of some members of the scientific community. And to note that scientific advance is frequently accompanied by ethical problems which require the input of philosophers if they are to be resolved to the satisfaction of a public which is potentially both the beneficiary and the victim of the onward march of science.

Broadly speaking, on the rare occasions that the case for the humanities and social sciences was put, it was warmly accepted by the Assembly, many of whose member-Academies cover *Geisteswissenschaften* as well as the natural sciences. Indeed the Steering Committee had agreed to include the Humanities in

its vision for the future, and to use ALLEA's influence to press the European Commission to support the humanities in its evolving Sixth Framework Programme.

It would be comforting to think, as we emerge into the 21st century, that forty or so premier academic institutions, representing some of the best brains and the most important research in Europe, might have a voice in shaping the future of our continent. But if scientists are sometimes arrogant, this is as nothing compared to the arrogance of the European Commission and its bureaucrats.

In the course of a presentation on the current state of EC thinking, and the prospects for a European Research Area to be developed within the Sixth Framework Programme, the representative of the EC's Research Directorate General, who entirely ignored even the possibility that research might take any form other than progress in the natural sciences towards the new Jerusalem of wealth creation, spoke of his great satisfaction at the "auspicious moment for research policy in Europe" which occurred at the Lisbon summit when Heads of Government recently approved the EC's agenda "towards a European Research Area".

* Nicholas Mann is Professor of the History of the Classical Tradition in the University of London and Director of the Warburg Institute; he attended the ALLEA General Assembly as Foreign Secretary and Vice President of the British Academy

No doubt it was the satisfaction of a job well done. But it is the wrong job: it is perfectly clear from what he said that not only the EC and its Research Directorate, but also the Heads of Government, need educating. One could begin by showing that the social sciences (and economics for a start) have ways of making the natural sciences more efficient and therefore more cost-effective. But this would be to accept the Brussels paradigm. Like Science, Europe has a history, which we ignore at our peril. Without an understanding of our origins and our past we will never create the model community of which we are capable; all over Europe, fundamental research in such fields is being conducted by historians and archaeologists, philologists from the classical to the modern, art historians and *littérateurs*. Without the

research of geographers and political scientists, of sociologists, linguists, philosophers and theologians, we can never hope to address the problems which confront individual nations and a European Union which is constantly being enlarged and enriched by the addition of new ethnic and linguistic communities.

But above all it seems that Academies need to remind the Commission, and Governments, that the human spirit and creativity are not luxuries, and that it is essential to support and pursue, as an integral part of the European Research Area within the Sixth Framework Programme, the values preserved, promoted and developed by the humanities and social sciences alongside those of the natural sciences. The future of Europe is far too important to be left to the Eurocrats.

Gegen die Patentierung von Sequenzen des Humangenoms

Mit der ALLEA (Vereinigung aller Europäischen Akademien) spricht sich die CASS (Konferenz der Schweizerischen wissenschaftlichen Akademien) gegen den Imperialismus im Hinblick auf die Erbmasse des Menschen aus. Besitzansprüche auf ein Gut, das allen Menschen in gleicher Weise gehört, sind unbillig und verstossen gegen das Prinzip der Menschenwürde.

Gegen eine mögliche Patentierung von Humangenom-Sequenzen spricht sich die All European Academies (AL-

LEA), die Dachorganisation der europäischen wissenschaftlichen Akademien, aus. «Es ist im öffentlichen Interesse, dass alle Wissenschaftler einen ungehinderten Zugang zu den Erbinformationen haben», heisst es in der ALLEA-Erklärung von anfangs April dieses Jahres.

Die menschlichen Genom-Sequenzen müssen der ganzen Menschheit frei verfügbar sein, fordert die Erklärung, die von Wissenschaftlern aus mehr als 40 europäischen Ländern während der ALLEA-Generalversammlung (30. März

bis 1. April) in Prag verabschiedet wurde. Die Unterzeichner sprechen sich gegen Versuche aus, Patentansprüche auf Teile der menschlichen Erbinformationen geltend zu machen.

Die Prinzipien des Patentverfahrens fordern, dass eine Erfindung neuartig, nicht trivial und nützlich ist. Dies ist bei der Genom-Sequenz nicht der Fall, sie stellt eine Entdeckung und keine Erfindung dar, erfüllt offensichtlich auch das Kriterium des Nicht-Naheliegenden nicht. Zudem wurden Funktionen und Nützlichkeit der Teile der Sequenz in den meisten Fällen noch nicht nachgewiesen oder analysiert. Die Akademien berufen sich auf den enormen Beitrag der öffentlich geförderten Grundlagenforschung zur bisherigen Genom-Forschung. Private Ansprüche auf Patente für Teile der Erbinformation lassen sich darum nicht rechtfertigen.

Die Unterzeichner der Erklärung sind davon überzeugt, dass die Bestimmung der gesamten Sequenz des menschlichen Genoms eine bahnbrechende wissenschaftliche Leistung darstellt, von welcher weitreichende Auswirkungen zu erwarten sind. Die genaue Kenntnis des menschlichen Erbgutes wird mehr Wissen über die Funktion der einzelnen Gene und deren Zusammenwirken zur Folge haben; dies wiederum ist eine Voraussetzung für mögliche Anwendungen in der Medizin. Es kommt darauf an, dass diese Schritte nicht durch Beschränkungen des Zugangs zum Rohmaterial der Genom-Sequenz behindert werden. Die Privatindustrie ist dann berechtigt, für die von ihr getätigten Inve-

stitutionen eine Vergütung zu fordern, wenn sie echte Innovationen aufzuweisen vermag.

Mit ihrer Erklärung unterstützen die europäischen Akademien der Wissenschaften eine frühere Forderung von Bill Clinton und Tony Blair nach ungehindertem Zugang zu den menschlichen Erbinformationen. Auch die Präsidenten der Royal Society, Sir Aaron Klug, und der US National Academy of Sciences, Bruce Alberts, haben kürzlich («Nature» vom 23. März 2000) dieser Forderung nachdrücklich Unterstützung verliehen. Die ALLEA-Erklärung wird ebenfalls in «Nature» publiziert.

Für die CASS, deren Vertreter in der ALLEA die Demarche vorbehaltlos unterstützten, unterzeichnete deren Präsident, Prof. Dr. Bernard Hauck, das Prager Dokument.

Weitere Informationen Prof. Dr. Beat Sitter-Liver, Generalsekretär der CASS
E-Mail: sitter-liver@sagw.unibe.ch

Transitraum Alpen – Lebensraum Alpen

Bergamo – Castione della Presolana, Italien, 11.–15.9.2000

Hauptprogramm

Die Schwerpunktthemen des AlpenForums (Modul 1–4) werden durch wissenschaftliche Vorträge eingeführt und in Workshops ergänzt und vertieft.

Modul 1: Wege zu einer nachhaltigen Mobilität im Alpenraum

Modul 2: Kultureller Austausch und Innovation

Modul 3: Gesundheit in mittleren Höhenlagen

Modul 4: Forschung in den Berggebieten Europas

Ergänzendes Programm

Das AlpenForum wird am Montagnachmittag in Bergamo mit einer öffentlichen Podiumsveranstaltung eröffnet. Am Dienstag steht Zeit für Posterpräsentationen und freie Workshops zur Verfügung. Die Ergebnisse der Modulveranstaltungen werden in einer öffentlichen Veranstaltung am Mittwochnachmittag vorgestellt. Der Donnerstagnachmittag ist einem internationalen Symposium gewidmet.

Eine Exkursion in die Bergamaskischen Alpen (mit Übernachtung) bilden den Abschluss des AlpenForums 2000

Tagungsbericht

Das Alpenforum ist als Diskussionsplattform konzipiert. Die Ergebnisse des AlpenForums werden in einem Tagungsbericht zusammengefasst.

Organisatoren

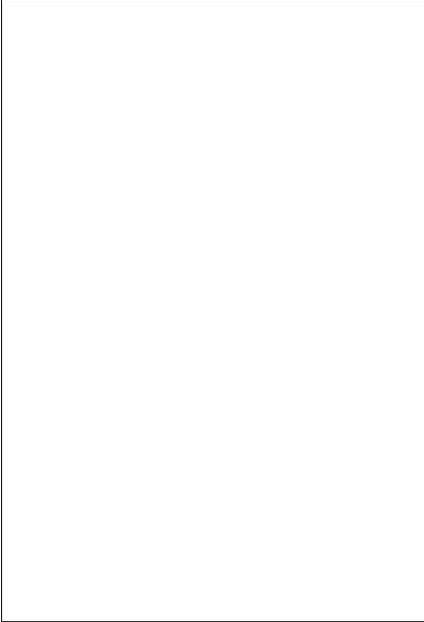
Internationales Wissenschaftliches Komitee Alpenforschung,
Bärenplatz 2, 3011 Bern, Tel. 031 318 70 18, E-Mail: icas@sanw.unibe.ch

Istituto Nazionale per la Ricerca Scientifica e Tecnologica sulla Montagna, Roma
c/o Ev-K2-CNR, Via Martiri di Cefalonia 4, 24121 Bergamo
Tel. +39 035 24 74 11, E-Mail: mountain@spm.it

Weitere Informationen <http://www.montagna.org/forum2000.html>

Anmelde- und Einzahlungsschluss: 15. Juli 2000

Zwischen Patriotismus und Wissenschaft: Die schweizerischen Naturschutzpioniere (1900–1938)



Am Anfang der schweizerischen Naturschutzbewegung stand ein Walliser Riesenfindling. Die in letzter Minute geglückte Rettung dieses erraticen Blocks bildete den Anstoss dafür, dass sich 1906 einige Naturwissenschaftler zur «Schweizerischen Naturschutzkommission» zusammenschlossen, um sich für den «Schutz wissenschaftlich wichtiger Naturdenkmäler» einzusetzen. Die Aufmerksamkeit dieses Expertengremiums galt anfänglich neben Findlingen der Alpenflora, malerischen Landschaften und dem Kampf gegen den touristischen Bergbahn-Boom. Der Wunsch der Wissenschaftler, zumindest in einer kleinen Ecke der Schweiz eine wiederhergestellte «Urnatur» für künftige Generationen zu bewahren, führte zur Gründung des schweizerischen Nationalparks im Engadin. Diese Pioniertat gilt bis heute als eine der grössten Leistungen der Naturschutzbewegung.

Stefan Bachmann, *Zwischen Patriotismus und Wissenschaft: Die schweizerischen Naturschutzpioniere (1900–1938)*, Zürich: Chronos Verlag, 1999.

Veranstaltungskalender der Mitgliedsgesellschaften

August–Dezember 2000

Schweiz. Burgenverein	Jahresversammlung, Sargans Gotthard Festung, Airolò	26.–27.8.2000 9.9.2000
Schweiz. Gesellschaft für biomedizinische Ethik	5. Sommerschule für biomedizinische Ethik, Bellinzona	7.–12.9.2000
NIKE	Europäischer Tag des Denkmals Informationen: www.nike-kultur.ch	10.9.2000
Schweiz. sprachwissen- schaftliche Gesellschaft	Jahresversammlung im Rahmen des Kolloquiums des VALS «Kommunikation in einer mehrsprachigen Arbeitswelt», Lugano	15.9.2000
Société suisse pour la recherche en éducation	Congrès annuel: «Les sciences de l'éducation: histoire, état des lieux, perspectives», Université de Genève	20–22.9.2000
Schweiz. Juristenverein	Schweizerischer Juristentag, St. Gallen	29.–30.9.2000
Société suisse d'études africaines	Forum des Africanistes, Genève, IUED	20–21.10.2000
Association suisse de science politique	Congrès annuel, Balsthal	2.–3.11.2000
Schweiz. Gesellschaft für Oriental Altertumwissenschaft	«Traum und Traumdeutung im Alten Orient», Universität Bern Weitere Infos: Christoph.Uehlinger@unifr.ch	11.11.2000
Swiss Association for North American Studies	«American Foundation Myths: Visualizations and Verbalizations», University of Zurich	17.–19.11.2000
Schweiz. Theologische Gesellschaft	Jahrestagung, Universität Bern	November 2000
Sociedad suiza de estudios hispanicos	Jornadas hispanicas: El Judeo español, Universität Basel	24–25.11.2000
Vereinigung der Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker der Schweiz	«Design Schweiz – Positionen im 20. Jahrhundert»	1.–2.12.2000

Neue Publikationen der SAGW

«Gewinne ohne Menschen»

Veranstaltung der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften und zusammen mit der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Bern, 28./29. Mai 1999

Referate

- Unternehmensführung zwischen Finanzen und Mensch, *Rudolf Volkart*
- Südafrika: Von den Gesetzen der Apartheid zum «Tribunal des Ökonomischen» (Michel Foucault), *Mascha Madörin*
- Die Optimierung des Produktes für Menschen durch Menschen unter der Bedingung der Profitabilität des Unternehmens, *Peter Koslowski*
- Wirtschaftliches Wachstum, globale Finanzkrise und ökologische Nachhaltigkeit – Ein wirtschaftspolitisches Trilemma, *Elmar Altvater*
- Eine neue wirtschaftliche Logik, *Rudolf Eder*
- Globalisierung und ökonomischer Zeitgeist, *Markus Muglin*

Die Zukunft des Nachdenkens

Nachdenken angesichts des Drucks der Fristen, der Flut der Informationen und des Verlusts persönlicher Perspektiven

Herbsttagung der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften Zürich, 11. November 1999

Referate

- Cogito – ergo non sum? Das Abenteuer des Nachdenkens im Schnellfeuer der Medien, *Alex Bänninger*
- Vom Umgang mit der Zeit – Die Sicht eines Unternehmers, *Fritz Fahrni*
- Arbeitslosigkeit: Aus-Zeit, Un-Zeit, Denkzeit?, *Rosmarie Barwinski Fäh*

Weitere Beiträge von
Roland Ris, Stephan Wehowsky, Magali Dubois

Les activités de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales vous intéressent?

Vous désirez connaître son fonctionnement ou entrer dans une société savante? Les collaboratrices et les collaborateurs du secrétariat sont à votre disposition. Markus Zürcher et Kathrin Pieren répondront à vos questions en allemand et Magali Dubois en français.

Je désire recevoir gratuitement:

... ex. Gewinne ohne Menschen, Tagung der SAGW und der ASAE, Mai 1999

... ex. Die Zukunft des Nachdenkens, Herbsttagung der SAGW, November 1999

... ex. Jahresbericht 1999 der SAGW

Bulletin de l'ASSH, régulièrement

Nom:

Prénom:

Adresse:

.....

Académie suisse des sciences humaines et sociales
Hirschengraben 11
Case postale 8160
3001 Berne
Fax 031 311 91 64
Téléphone 031 311 33 76